



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

24.03.1932 (Nr. 59)

LMZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Donnerstag, 24. März 1932 • Nummer 59

Von der Kommune ins Wasser gemorfen.

Berlin, 23. März. In der Nähe der Potsdamer Brücke wurde heute nacht ein Angehöriger der NSDAP. von drei unkenntlich gebliebenen Personen, vermutlich Angehörigen der KPD, in den Landwehrkanal geworfen. Ein Polizeibeamter warf ihm einen Rettungsring zu und zog ihn an Land.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878.

Die LMZ erscheint jeden Freitag u. kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörungen, Streik, Verbot, Ausperrung usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Rüdzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10-spaltige mm-Zeile RM 0.10 auswärts RM 0.12, im Zeitteil RM 0.50, auswärts RM 0.70. Stellengedruckte RM 0.08. Sonstige kleine Anzeigen RM 0.06. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

25 N.S.-Zeitungen verboten Unerhörtes Urteil im Decker-Prozeß / 20 Monate Gefängnis für SA.

Stahlhelmführer für Hitler

Ein Aufruf führender Persönlichkeit

Wie sehr auch zahlreiche, nicht der nationalsozialistischen Bewegung angehörende Führer der Harzburger Front das Gebot der Stunde begreifen, beweist folgender Aufruf des der Stahlhelmführung angehörenden Herzogs von Sachsen-Roburg-Gotha und des Führers der Vereinigten Vaterländischen Verbände Graf von der Goltz und des bekannten Fländerkorpsführers Admiral Schröder.

Schließt die Reihen!

Die Präsidentenwahl sollte für uns die Befreiung von einem Banne bringen, in welchem ein nationales Deutschland nicht atmen kann. Den bestehenden Zustand unter Berufung auf die rein gefühlsmäßig beeinflussten Hindenburgwahlen zu verlängern, trotzdem sich ein Drittel des deutschen Volkes dagegen aufgelehnt hat, würde zu allem anderen als Ruhe und Frieden führen. Trotz eindringlicher Hindenburgpropaganda der Reichsregierung, ihrer einseitigen Bevorzugung durch den Mundstumpen u. a. eigentümlich zur Überparteilichkeit verpflichteten Stellen, hat sich der entschlossene Teil Deutschlands auch am 13. März gegen diejenigen entschieden, die es nicht wagen, beim Kampf um ihr Siegel mit einem eigenen Namen hervorzutreten.

Für die Gruppen der nationalen Bewegung kommt es darauf an, weiterkämpfend die Reihen zu schließen und anzuhaken. Aus gemachten Fehlern wollen wir lernen. Jeder wird erkannt haben, daß Eigenrödelerei nicht zum Ziele führt und den anderen nur Stimmen gebracht hat, die im Grunde zu uns gehörten. Zusammen mit der Schulfrage sei Vergangenes heute aber begraben. Geschichtliche Augenblicke gilt es zu nutzen. Auch für den Kampf beim zweiten Wahlgang heißt es:

Persönliche und parteiliche Überlegungen sollten deshalb schweigen. Sagen kann nur der, welcher sich selbst einem großen Ziel unterstellt. Dieses heißt für uns: Deutschland! Freiheit im Innern und Sicherheit nach außen gibt ihm nur der Aufstieg der nationalen Bewegung. Auf die Auslegung von Programmen und die spätere Einnahme von Regierungssitzen kommt es jetzt nicht an. Die Frage lautet allein: Wer erntet die Macht für das nationale Deutschland?

Sehen wir uns die letzten Wahlskizzen an. So hat aus der nationalen Bewegung Adolf Hitler die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Ihm beim zweiten Wahlgang alle Mandatsstimmen zuzuführen, ist nach unserer durch keine Partei gebundene Auffassung für die nationalsozialistischen Gruppen jetzt historische Pflicht. Auch wenn sie keinen eigenen Wahlkampf mehr führen, dürfen sie nicht zulassen, daß ihre Anhänger bei der nächsten Abstimmung ohne solche eindeutige Parole sind. Das wäre nur eine Hilfe für das bekämpfte System, dessen Bemühen bereits darauf aus-

geht, Kräfte von uns für den 10. April zu sich hinzubeziehen.

Jeder muß sich nicht erst bei den Preussenswahlen, sondern schon am 10. April für oder gegen Deutschlands nationale Entwicklung entscheiden, welche Kräfte gegen uns auch zusammengebracht werden und in wie schäner Worte die bisherigen Gewalten den Kampf um die Fortdauer ihrer Herrschaft auch fleiden, die Zukunft wird uns gehören, wenn wir nur zusammenstehen.

Karl Eduard von Sachsen-Roburg und Gotha.

Küdiger Graf von der Goltz.
Admiral von Schröder.

Presseknäbel überall

Angriff auf fünf Tage verboten

Berlin, 23. März. Die nationalsozialistische Tageszeitung „Der Angriff“ ist am heutigen Mittwoch wegen eines Artikels in der Nummer vom 18. ds. Mts. „Die Enthüllungen“ zu fünf Tagen verboten worden.

Breslau, 24. März. Durch den Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien wurde am Mittwoch die nationalsozialistische „Schlesische Volksstimme“ nach ihren Kopfeinlagen verboten. Anlaß dazu gab ein in Nr. 64 vom 19.—20. März veröffentlichter Aufruf der schweren Beschimpfungen der preussischen Polizei enthalte. Gleichzeitig wurden wegen Beschimpfung des preussischen

Innenministers und der preussischen Polizei die nationalsozialistischen Wochenblätter „Schlesischer Beobachter“ und „Deutsche Ostfront“ auf die Dauer von 14 Tagen verboten.

Mit diesen Verboten ist nunmehr etwa die Hälfte der gesamten nationalsozialistischen Presse Deutschlands aus dem öffentlichen Grunde an weiteren Erscheinen verhindert.

Hitler protestiert

München, 23. März. Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. teilt mit: Adolf Hitler hat folgendes Telegramm an den Reichsinnenminister Groener geschickt:

„Durch Maßnahmen preussischer und anderer Landespolizeibehörden wurden in den letzten Tagen 25 nationalsozialistische Zeitungen auf fünf Tage verboten. Ich protestiere schärfstens gegen die neue in Zusammenhang mit der durch gar nichts gerechtfertigten Polizeiaktion des preussischen Innenministers stehende Anhebung der nationalsozialistischen Presse. In Verbindung mit der Verletzung des Offiziersfriedens stellen diese Verbote eine weitere Verstärkung der bisherigen Verfolgung in der NSDAP. dar. Auch dieses unerhörte Vorgehen gefährdet bei Duldung durch das Reichsinnenministerium bedauerlicherweise den Glauben an die Objektivität der öffentlichen Gewalt im Reich und in den Ländern.“

geg. Adolf Hitler.

Klage gegen Rundfunk

München, 24. März. Reichstagsabgeordneter Rechtsanwalt Frant 2-München hat als Rechtsvertreter der NSDAP. Klage beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich erhoben wegen des Verbotes des Reichsinnenministers an alle deutschen Sendegesellschaften, Adolf Hitler als Präsidentschaftskandidat Rundfunk in der gleichen Weise zur Verfügung zu stellen, wie dem Reichspräsidenten von Hindenburg.

Zeitungsverbot abgelehnt

Braunschweig, 23. März. Das vom Braunschweiger Innenminister Klages auf 4 Wochen ausgesprochene Verbot des sozialdemokratischen „Volksfreund“ wegen eines Artikels: „Schluß fehl“ wurde nach einer telegraphischen Anweisung des Reichsinnenministers auf 5 Tage abgelehnt, so daß die Zeitung ab heute wieder erscheint.

Hamburger Bürgerschaft aufgelöst

Hamburg, 24. März. Erst nach Mitternacht nahm die Hamburger Bürgerschaft die entscheidende Abstimmung über den nationalsozialistischen Antrag auf Auflösung der Bürgerschaft vor. Der Antrag wurde von allen 148 anwesenden Abgeordneten angenommen. Ein anderer nationalsozialistischer Antrag, den Termin für die Neuwahlen auf den 10. Mai festzusetzen, konnte nicht zur Abstimmung gebracht werden, da die Sozialdemokraten und Demokraten kurz vor der Abstimmung über diesen Antrag den Saal verlassen hatten und so keine Zweidrittelmehrheit erzielt werden konnte. Die Neuwahl der Bürgerschaft wird, wie in der Verfassung vorgesehen, vom Senat bestimmt werden. Sie dürfte am 24. April erfolgen.

Gefängnis für Notwehr

Nach stägiger Verhandlung wurde heute um 12 Uhr das Urteil in der Berufungsverhandlung im Deckerprozeß verkündet. Wir enthalten uns zunächst jeder Stellungnahme, betonen aber schon jetzt, daß dieses Urteil bei dem überwiegenden Teil der bremischen Bevölkerung helle Empörung auslösen wird.

Von den Reichsbannerleuten erhielten Majellmann und Boigt jeder 4 Monate Gefängnis, Entelmann und Langerbeck, die sich bei dem Fall Schlichter durch besondere Rohheit auszeichneten, 7 Monate Gefängnis, während die Berufung der Staatsanwaltschaft bei den SWP. Leuten verworfen wurde. Die Strafen der Reichsbannerleute wurden alle herabgesetzt. Von unseren

Fg. Clausen	4 Monate Gefängnis	Fg. Möller	4 Monate Gefängnis
Fg. Wiegmann	4 Monate Gefängnis	Fg. Decker	4 Monate Gefängnis
Fg. Schütte	4 Monate Gefängnis		

Nur Fg. Bruns wurde freigesprochen.

Wahlterror in Memelgebiet beginnt

Berlin, 24. März. Wie die „LMZ“ aus Memel meldet, hat der Kommandant des Memelgebietes der memelländischen Landwirtschaftspartei, der größten Partei des Memelgebietes, die Abhaltung von Versammlungen vorläufig verboten. Das Verbot soll solange bestehen bleiben, bis ein „Zwischenfall“ aufgetreten ist, der sich am 18. März in einem Dorf bei einer Versammlung der Partei zugetragen hat. In dieser Versammlung hatte ein großlitauischer Parteimann führende Persönlichkeiten der Landwirtschaftspartei auf das schwerste beleidigt. Die Zuhörer befürworteten darauf trotz des Widerspruches des Versammlungsleiters und des Parteivorstehenden den großlitauischen Parteimann an die frische Luft. Der Parteivorsteher hat gegen das vorläufige Verbot protestiert und darauf hingewiesen, daß die Wahlvorbereitungen der Landwirtschaftspartei durch das Verbot auf das schwerste behindert werden. Außerdem trage an dem „Zwischenfall“ nur der großlitauische Parteimann Schuld.

Ernstste Lage der Reichsbahn

Berlin, 23. März. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft trat vom 21.

bis 23. März 1932 in Berlin zu einer Tagung zusammen. Er wählte den seit 1925 im Amt befindlichen Generaldirektor Dr.-Ing. e. h. Doppenmüller einstimmig auf weitere drei Jahre zum Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft. Der Herr Reichspräsident hat, wie bereits gemeldet, die Wahl bestätigt.

Die Beratungen über die Finanzen der Reichsbahn ließen den gesteigerten Ernst der Lage erkennen, die sich für die Reichsbahn aus der darniederliegenden deutschen Wirtschaft der Weltkrise ergibt. Die bisherige Entwicklung der Einnahmen im Januar und Februar 1932 der Reichsbahn betrug 424 v. S., weniger als in den gleichen Monaten 1931 — noch weit hinter den bisherigen schon sehr ungünstigen Annahmen zurück. Im Personenverkehr wurden 193 v. S., weniger als im gleichen Zeitabschnitt 1931 und 245 v. S., weniger als in 1929 verzeichnet. So viel mehr litt der Güterverkehr, bei dem der Rückgang der Einnahmen gegen 1930 über 30 v. S. und gegen 1929 beinahe 50 v. S. ausmachte.

Die der Wirtschaft seit dem Herbst 1931 gewährten Tarifermäßigungen von über 400 Millionen Reichsmark haben sich bisher nicht als verkehrsfördernd ausgewirkt. Das finanzielle Ergebnis des Monats März läßt sich wegen des in diesem Monat fallenden Osterfestes noch nicht übersehen.

Konflikt England-Irland

London, 23. März. Die Presse beschäftigt sich in langen Ausführungen mit der englisch-irischen Frage, in der es jetzt infolge der amtlichen Mitteilung der irischen Regierung über die Aufhebung des Treueids und der jährlichen Tributabgaben zu einer starken Spannung gekommen ist. Die englische Regierung hält sich, wie verlautet, aufs strengste an die Bestimmungen des englisch-irischen Vertrages und die Sonderabmachungen über die irischen Entschädigungsabgaben an England. Der Minister für die Dominien, Thomas, wird, wie es heißt, in seiner heutigen Erklärung darauf hinweisen, daß der Betrag als durchaus bindende Abmachung und sein Bruch als ein Vorgehen betrachtet wird, das ernste Folgen nach sich ziehen könne. Eine einseitige Kündigung des Vertrages könne auf keinen Fall angenommen werden. In manchen Kreisen Englands hält man die augenblickliche Bewegung in Irland für so ernst, daß man mit einer Wiederholung der zu Orlins sich zum 16. Male jährnden Aufständischenbewegung von 1916, die mit der Proklamation Irlands zur freien Republik endete, rechnet.

Wie der diplomatische Mitarbeiter der „Times“, meldet, wird das englische Kabinett jedoch keinerlei überstürzte Schritte tun. Sollte Irland auf seiner jetzigen Haltung bestehen, dann werde die englische Regierung voraussichtlich zu dem Schiedsgericht Zuspruch nehmen, das durch die Weltrechts-Konferenz im Jahre 1930 für den Fall von Unstimmigkeiten zwischen den Mitgliedern des Weltrechts vorgesehen wurde. Das würde die Verhängung der Angelegenheit bis zur Ottawa-Konferenz im Juli d. Js. bedeuten. Sollte eine Einigung nicht erzielt werden, so hält man es für möglich, daß Irland das Haager Internationale Schiedsgericht anrufen wird. Hierzu würde Irland als unabhängiger Mitgliedsstaat des Völkerbundes berechtigt sein. „Daily Telegraph“ meint, daß Irland nach Abschaffung des Treueids nach der Meinung maßgebender Kreise nicht mehr als Glied des Weltrechts betrachtet werden könne und daher auch keinen Anspruch auf einen Sitz in Ottawa habe. Es werde auch keinen Anspruch mehr auf die bevorzugte Zollbehandlung haben. Durch die Aufhebung von Zöllen auf die irischen Waren könne dann ein harter Druck auf Irland ausgeübt werden. Durch Sonderzölle auf die irische Einfuhr könne ein großer Teil der finanziellen Verluste wettgemacht werden, die England durch die Nichtzahlung der irischen Landanbauern erwachsen würden. Großbritannien nimmt ungefähr 90 Prozent der irischen Einfuhr auf.

De Valera hat Dienstagabend im irischen Senat bestätigt, die irische Regierung sei fest entschlossen, den Treueid abzuschaffen und hinzugefügt, daß auch der Jahresbeitrag von drei Millionen Pfund für die Wölsung von Grundstücken nicht mehr bezahlt werde. Die Regierung habe die Absicht, gute Beziehungen mit allen Staaten der Welt und ganz besonders mit Großbritannien zu unterhalten.

Nichts als Worte

Protestschritte Deutschlands gegen Memel.

Rowno, 23. März. Die ungeschlichtete Auflösung des Memelländischen Landtages hat zu Protestschritten der deutschen Regierung in Rowno, Rom, Paris und London geführt. In diesen Protesten wird darauf hingewiesen — und zwar in Übereinstimmung mit dem letzten gemeinsamen Schritt der Unterzeichnermächte in Rowno — daß das Direktorium im Widerspruch zum Memelstatut gebildet worden ist, da es als ein ausgeprochenes Kampfdirektorium gedacht war zu dem Zweck, den Memelländischen Landtag aufzulösen. Ungeachtet war also bereits die Bildung dieses Direktoriums. Ungeachtet ist ebenso die Auflösung des Landtages.

Die Unterzeichnermächte werden weiter darauf hingewiesen, daß ihre Verantwortung für die weitere Entwicklung im Memelgebiet abgelehnt, daß die Angelegenheit Wärtter das Haager Gericht beschäftigen muß und daß endlich — was nunmehr die wichtigste Frage ist — die Neuwahlen zum Memelländischen Landtag vollkommen im Einklang mit dem Memelstatut vor sich gehen müssen und durch irgendwelche Machenschaften des Direktoriums nicht verfrachtet werden dürfen.

In Verichten aus Rowno ist bereits von einer Verordnung des Gouverneurs, wonach Plazuren, die in Memel nicht ortsanfällig sind, aber unter irgendwelchen Vorwänden während der Wahlzeit ins Memelgebiet hineingebacht werden, die Möglichkeit einer beschleunigten Einbürgerung verfrachtet werden soll. Auch dies würde selbstverständlich einen Verstoß gegen den klaren Wortlaut und Sinn der Ge-

hebesbestimmungen bedeuten. Vielleicht wird zu überlegen sein, ob nicht falls eine einseitige Verfügung seitens des Haager Gerichtshofes in Anspruch genommen werden könne.

Im übrigen wird mit Bestimmtheit erwartet, daß der litauische Außenminister Jaznins seine in Genf gegebene Zusage wenigstens in dem Punkte einhält, daß der Belagerungszustand endlich aufgehoben wird.

Neuwahlen zum Memelländischen Landtag am 4. Mai.

Rowno, 23. März. Die Neuwahlen zum Memelländischen Landtag sind nach einer am Montag Mittwochs erlassenen Verfügung des Gouverneurs auf den 4. Mai festgesetzt worden. Gemäß § 11 der Memelkonvention werden die Wahlen zum Memelländischen Landtag auf Grund des in Klauen geltenden Wahlsystems durchgeführt. Es besteht also die Möglichkeit, daß eine Aneublung durch das geplante neue Sejmwahlgesetz eintritt.

Es war bemerkenswert, daß in den Kreisen der Rownoer Vertreter der Unterzeichnermächte als Folge der Landtagsauflösung zwar der wurde, aber die kurz vorher von ihnen durch Ausbruch von Unruhen in Memel befürchteten gemeinsamen Schritt bei der litauischen Regierung gemachte Warnung wegen der Folgen einer solchen Landtagsauflösung nur noch eine untergeordnete Rolle spielte. Man hat den Eindruck, daß der Schritt der Signalmächte doch kaum mehr als eine Geste gegenüber Deutschland gewesen sei.

Deutschland wird verhandelt

Sadett-Zarbin in Paris.

London, 23. März. Der Pariser Korrespondent der „Morningpost“ meldet, daß sich die Beziehungen zwischen Zarbin und Sadett auf die deutsche Finanzlage und die türkischen Kredite erstrecken. Sadett ist in letzter Zeit äußerst besorgt gewesen, die Möglichkeit einer deutschen Zahlungsmittelkrisis abzuwenden. In diesem Zusammenhang ist jetzt auch in Paris die Frage einer finanziellen Beihilfe für Deutschland wieder worden.

Der Berichterstatter meint hierzu, Frankreich sei jetzt das besorgte Land in Europa, das zur Gewährung einer solchen finanziellen Unterstützung allein in der Lage sei. Eine kurzfristige Anleihe würde es Deutschland gestatten, über die nächsten Monate hinwegzukommen und der Weltmarkt neue Hoffnung auf die Wiederbelebung ihrer Kredite geben.

Die H.J.-Tagung in Braunschweig

In Braunschweig war zu Ostern eine Führertagung der Hitlerjugend angesetzt, auf der Adolf Hitler sprechen wollte. Da dieser Tatsache, begann die ganze Judenpresse ein großes

Gerücht zu verbreiten, so erklärte Klages, werde er die Versammlung nicht zulassen. Er selbst aber hielt auf dem Standpunkt, daß die Versammlung nicht öffentlich sei. Er könne jedoch praktisch gegen die Ansicht des Reichsinnenministeriums nichts tun. Es bestehe noch die Möglichkeit, die Versammlung in abgeänderter und einschränkender Form als geschlossene Kundgebung zu veranstalten.

Sadett wird entlassen.

Berlin, 23. März. Der Untersuchungsrichter beim Landgericht I hat den Sadett wegen Verdachts auf Freischütterschaft von 100 000 RM. von der weiteren Untersuchungshaft verurteilt. — Deutsche Justiz! Wer zahlen kann, wird entlassen. —

Dr. Bährer verlangt Disziplinarverfahren gegen sich.

Dresden, 23. März. Wie die Städtische Nachrichtenstelle mitteilt, hat Bürgermeister Dr. Bährer erklärt, daß er selbst das stärkste Interesse an einer schnellen und reibenden Klärung der Tatbestände habe und deswegen auch von sich aus ein Disziplinarverfahren wünsche. Gleichzeitig hat er gebeten, ihn von den Geschehnissen des Finanzamtes bis auf weiteres zu entbinden.

Nachricht der griechischen Regierung.

Athen, 22. März. In der Nacht zum Mittwoch hat die Regierung Benizelos ihren Nachtricht beschlossen, daß am 1. April 375 000 englische Pfund für den Zinsendienst fällig werden. Die Bezahlung dieser Summe würde die Deckung der Dragme aufheben, worfür Benizelos gegenüber dem Volke die Verantwortung nicht übernehmen will.

Abschluß des Waffenstillstandsvertrages verzögert.

Schanghai, 23. März. Der für heute endgültig vorgesehene Abschluß des von den Verhandlungsführern in Schanghai bereits angenommenen chinesischn-japanischen Waffenstillstandsvertrages mußte abgelehnt werden, da der chinesische stellvertretende Außenminister dem japanischen Gesandten Sugawara erklärt, daß er wegen plötzlicher Abreise des Generals Tschinglungwhang, des Oberbefehlshabers der 19. Feldarmee, die hauptsächlich verhandelt hat, nicht zu den Verhandlungen erscheinen könne.

Oster-Angebot!

Sportblusen ... 4.90, ohne Ärmel 3.90
Pullover, 1/2 Ärmel, Bouclé 7.75
Rücke, Algaine 7.50

Hermes Sege str. 1/10

Von heute auf morgen

21. Fortsetzung Ein Roman aus unserer Bewegung

Ein ordentlicher Kerl, dieser Offizier... Und wieder Geduld er mit mir hatte! Ich hätte nichts Maß von Geduld wahrscheinlich nicht aufgebracht...

Was wohl seine Andeutungen sagen wollten, daß er mir heute nichts weiter sagen könne? Was steckte überhaupt hinter dieser Verquickung von Bornehmtheit und Männermanieren? War das Ganze nicht wie eine veritable Wortschneiderei aus irgendeinem Schundroman, in dem er selbst die lächerliche Rolle spielte?

Bäckerische Rollen ließen mir sehr, solange wir nicht selber پیش müssen...

Könnte er jemals dieses Abenteuer erzählen, ohne ausgelacht zu werden? Von einer Frau überlistet, die er bei einem Einbruch ertappt hatte? Von Wolfshunden verschleppt und von russischen Offizieren gefangen gehalten? Erklärte mir, Graf Deimbur...

Vor seinen Augen begann es sich zu drehen. Er wollte wirklich nicht mehr, ob er wachte oder träumte.

So mochte er vielleicht eine gute halbe Stunde gelegen haben, da Kopfe es.

„Dreht!“ rief er ganz mechanisch, indem er aus einem Salzglas aufstieß und sich zu befinden versuchte, wo er sich befand.

Dimitry Wollschewitsch stand auf der Schwelle des Arbeitszimmers.

„Ich bitte vielmals um Entschuldigung“, sagte er mit selbstam gepreßter Stimme, in der eine tiefe Erregung schwang. „Darf ich Sie einen Augenblick in Ihrer Ruhe stören?“

„Bitte“, sagte Otto und erhob sich. Der Russe kam vollends herein und verschloß die Tür hinter sich.

„Wir werden in einer Viertelstunde Besuch bekommen. Wenn Sie wollen, können Sie von hier aus, die Augen und Ohrenenge einer Unterredung mit mir, die Ihnen vieles, wenn nicht alles erläutern wird, was Ihnen jetzt noch unklar ist. In dieser Stunde besteht die Polizei die Dr. Fär-

berische Villa, in der sich ein Sprengstofflager und ein Laboratorium für Sprengstoffe befinden. Der Mann, der uns in einer Viertelstunde hierher bringen wird, ist Ihnen bekannt. Sie werden interessante Dinge hören. Ich nehme Ihnen nur den Namen Kopanoff.“

Er zeigte auf die Tür zum Arbeitszimmer. „Hier sehen Sie eine kleine Schreibvorrichtung. Wenn Sie Ihr Licht ausmachen, können Sie dieselbe benutzen, ohne daß man Sie von dräßen bemerkt.“

Sprachs und ging mit einer leichten Verbeugung rückwärts zur Tür.

Jetzt kommt also offenbar der eigentliche Schlag! sagte sich Otto. Die Kugel flattert. Das Stid ist nicht schlecht, denn Langeweile kommt nicht auf. Warten wir also in Geduld, bis der Vorhang wieder hochgeht!

Er grübelte sich eine Zigarette an und trat ans Fenster.

Stierklar die Nacht. In der Ferne am Horizont ein dunkler Schimmer. Das war wohl Berlin.

Eine Allege summt verschlafen durch das Zimmer. Otto legte die Stirn an die kühle Fensterscheibe. Es war ihm, als ob er fieberte.

Er steckte eine zweite Zigarette an und ging auf und ab.

Die Färberische Villa besteht... Sprengstofflager... der Besuch... Sie werden interessante Dinge hören... Wie reichte sich das alles? Der Besuch konnte doch nur die Polizei sein! Aber woher hatte die Polizei Wind bekommen? Und woher mußten diese Russen...?

Der Mann schien einmurmeln aufgeregt. Der Besuch war ihm wahrscheinlich nicht angenehm. Kann ich mir denken. Aber warum rüdt er dann nicht einfach aus, wenn es ihm an den Krägen geht? Hier draußen kann einer doch verschwinden, ehe die Polizei von Berlin antant!

Kästel über Kästel! — Warten wir ab. — Die dritte Zigarette!

Otto zog die Uhr. Halb Eins.

Er trat wieder ans Fenster.

Im nächsten Augenblick fuhr mit abgeblendeten Lichtern ein Wagen vor. Instinktiv langte Otto nach dem Lichtschalter und knippte die Lampe aus.

Ein Mann und eine Frau stiegen aus dem Wagen. Die Frau schellte. Otto hörte die Schelle dreimal kurz klingeln. Dann fiel ein Lichtstreifen auf den Vorplatz. Ein Mann kam und öffnete. Die beiden traten ein.

Die Dame war Sonja, der Herr... Otto glaubte Kopanoff zu erkennen. Da waren sie schon in der Haustür. Schritte und Stimmen kamen näher.

Die Tür des Arbeitszimmers wurde geöffnet. Otto schob sich die Schieber beiseite. Im Zimmer fanden Sonja und Kopanoff, beide in Mantel und Hut.

Der Mann sprach aufgeregt und sehr schnell. Sonja unterbrach ihn:

„Wir wollen deutsch sprechen. War wie uns zu sagen haben, braucht nicht jeder zu verstehen, nicht einmal unsere Freunde.“

„Ich bewundere Ihre Vorlicht, Sonja“, entgegnete Kopanoff und warf sich in einen Sessel. Sonja hatte den Mantel geöffnet und hand mit dem Rücken gegen den Schreibtisch, so daß Otto ihr Profil sehen konnte.

„Ich kann noch nicht klar denken“, sagte der Russe und fuhr sich mit der Hand über die Stirn. Erst jetzt schien er zu bemerken, daß er den Hut noch auf hatte. Er setzte ihn ab und legte ihn neben sich auf die Erde.

„Ich war meiner Sache vollkommen sicher“, fuhr er wie im Selbstgespräch fort. „Auch Färber hatte nicht den geringsten Verdacht. Er war guter Dinge, als wir uns verabschiedeten. Es mochte gegen elf Uhr sein. Wir fanden noch zwei Minuten bekommen am Dr. Wie Fenster waren erleuchtet. Färber erzählte, seine Tochter habe Besuch.“

„Unter den Besuchern bin auch ich gewesen“, sagte Sonja lächelnd, „allerdings nicht mehr von der Zeit, als Sie unten gestanden haben.“

Kopanoff starrte sie glänzen an. „Sie waren bei Dr. Färber?“

„Bei seiner Tochter. Finden Sie das verwunderlich?“

„Und Sie wußten...?“

„Garnichts wußte ich, als daß Sie gelegentlich den Namen Dr. Färber in einem bestimmten Zusammenhang gebracht hatten.“

„Genosin Zaubert!“

„Sie haben Geheimnisse vor mir! Es wird gut sein, wenn Sie mir offen sagen, was Sie zu Dr. Färber geführt hat.“

Sonja antwortete der Drohung nicht, die hinter der Worten lag.

„Herr Kopanoff, ich könnte Sie mit demselben Recht fragen: „Warum haben Sie mit mir von Ihren Beziehungen zu Färber gesprochen?“

„Es ist nicht Sache einer Angestellten, um jedes Geheimnis des Direktors zu wissen. Genosin Zaubert!“

Er erhob sich langsam und kam langsam einen Schritt näher. Sonja legte die Hände auf den Rücken und schloß sich gegen den Schreibtisch. Ihre Augen hielten das Gesicht des Russen wie mit eisernen Klammern.

„Ich wiederhole meine Frage“, sagte der Russe, „was hat Sie bewogen, bei Dr. Färber Einzug zu suchen?“

„Sparen Sie sich Ihr Fragen! Sie werden aus mir nichts herausbekommen, was ich Ihnen nicht freiwillig zu sagen bereit bin. Ich hatte erwartet, Sie würden es mir danken, daß ich Sie davor bewahrt habe, heute abend von der Polizei ertwischt zu werden.“

Die Augen des Russen waren nur noch ein schmaler, glühender Spalt.

„Das ist es ja, was ich Ihnen nicht glaube. Sie haben mich vor der Polizei gerettet, um mich hierher in Ihre Gewalt zu laden.“

„Sie verfügen über eine beneidenswerte Phantasie!“, sagte Sonja ruhig, als handelte es sich um ein Gelächter über das Wetter. Diese Ruhe reizte den Jörn des Russen.

„Ich glaube Ihnen jetzt auch nicht, daß die Färberische Villa ausgehoben ist. Ein Trid war das nur, eine Finte, ein gerissener Zug in Ihrem Schachspiel!“

(Fortsetzung folgt.)

Nochmals:

Stahlhelmer herhören!

von Pg. Rittm. a. D. Burandt

In der letzten Stahlhelmsitzung, Niederjassen Volksrat vom 17. März nimmt der Stahlhelm in einem Artikel, überschrieben „Von der Waise zum Volk“ Stellung zum Wahlergebnis und, obwohl dazu eigentlich keinerlei Veranlassung vorliegt, benutzt er diese Gelegenheit zu einem ungerechtfertigten Ausfall gegen den Nationalsozialismus und meinen durchaus sachlich gehaltenen Artikel in der B. N. 3. vom 12. März.

Es ist erklärlich, daß die Führung des V. B. Niederjassen des Stahlhelms angeht, des Gesamtgerichtes für den Kampfplatz Schwarz-weiß-rot verurteilt, den Mißerfolg der Sonderlandbaur Duesterbergs vor seinen Mitgliedern nach Möglichkeit abzuschwächen. Ich glaube aber nicht, daß die reichlich unbedruckten Ausführungen in dem vorliegenden Artikel diesen Zweck erreichen werden.

Zum Beispiel erklärt der „Niederjassen-Volksrat“, daß es für uns (den Stahlhelm) bei Wahlen immer nur darum handeln kann, unseren Bestand zu wahren, so gut es geht.

Ich weiß nicht, warum es der Stahlhelm notwendig hat, bei Wahlen „seinen Bestand zu wahren“, da er sich ja bisher an Wahlen noch nie beteiligt hatte. Aus diesem Satz spricht demnach nicht der Stahlhelm, sondern der Nationalsozialismus, was also für Stahlhelmsführer schon ein und dasselbe geworden zu sein scheint. Es ist aber auch leicht glaubhaft zu machen, daß die Nationalsozialisten nur deswegen sich an Wahlen beteiligten, weil sie ihren Bestand wahren wollten, was ihnen übrigens bei der letzten Wahl nur dadurch noch gerade gelang, daß ihnen der Stahlhelm Stillschaltung gegeben hatte. Denn, wenn man nicht annehmen will, daß der größte Teil der nicht nationalsozialistischen Stahlhelmer befehlsmäßig ihre Stimmen Hindenburg und Hitler gegeben haben sollten, zeigt das Wahlergebnis deutlich, daß eine Unmenge Nationalsozialisten für Hindenburg gestimmt haben müssen, wozu es erschien, ich weiß, „Gefühllosigkeit“, auch noch heute unter Hingebens Führung in dieser Partei — im Gegensatz zum „Hilfsland“ des Nationalsozialismus — herrscht.

Zur Veranschaulichung des Mißerfolges bedient sich der „Niederjassen Volksrat“ der Behauptung, daß „wo demokratisch gewählt wird, Dummheit und Schlechtigkeit zur Herrschaft kommt“, also kurz gesagt: „Wehrzeit Unheil“, vertritt aber dabei, daß auch die Systemparteien und die bürgerlichen Mittelparteien, selbst die in den Parlamenten vertretenen, hinterher Einbuße erlitten, die gleiche Verurteilung zu ihrer Entfaltung anführten, obwohl sie zu anderen Zeiten, als sie große Stimmenfolge hatten, die große politische Vernunft der Masse unterdrückten. Die Nationalsozialisten sind, wie aus dem bei uns herrschenden Grundgesetz des Führerprinzips hervorgeht, keineswegs Anbeter der Mehrheit. Nachdem aber ein Volk nach 13 Jahren händiger Ausbeutung, Entehrung und Verflachung so ins Elend geführt worden ist, wie das deutsche, muß es naturgemäß aus den gemachten Erfahrungen lernen und seine Kritik an den Mißständen der Regierung durch entsprechende Stimmabgabe zum Ausdruck bringen. Solche Mehrheitsergebnisse spontan gekundeter Kritik an der Regierung (nicht also Koalitions-Verträgen bedenkter Unzufriedenheit wie sie am Hindenburg vereinigte, von der ca. 12 1/2 Mill. Stimmen nicht ihm, sondern der Erhaltung des Systems gatten) als Anzeichen für Dummheit zu bezeichnen, geht nicht an und sind auch bisher von allen Teilen der nationalen Opposition nie so gedeutet worden.

Der Weg, den der „Niederjassen Volksrat“ als den Weg des Stahlhelms zum Ziel bezeichnet, ist ebenfalls recht unklar und widersprüchlich. Erst wird in logischem Zusammenhang mit der gepredigten Verachtung der Massen behauptet, daß das System nicht durch Wahlen gestürzt und auch nicht durch Aufschub beseitigt werden könne, dann wird erklärt, daß erst die „Gemeinschaft hergestellt werden muß, die sich behaupten kann gegen fremde Drang und drücken“ und daß „das neue Volk“ den Menschenhaufen durchdringen müsse. Wie soll denn aber, nachdem diese „Gemeinschaft hergestellt ist, ihr Wille zum Ausdruck kommen, wenn nicht doch durch Wahlen oder durch eine gewalttätige Aufhebung? Mit dem im Artikel empfohlenen resignierten Warten, bis das System von selbst zusammenbricht, kann der gesunde Angriffssinn des Stahlhelms nie veräußert werden. Auch scheint mir, soweit Zeit dazu nicht zur Verfügung zu stehen, wenn man sich daran erinnert, daß schon seit langem der Zeiger auf „5 Minuten vor 12“ steht.

Ich bin überzeugt, daß, sobald es dem Stahlhelm gelungen wäre, eine solche Gemeinschaft herzustellen, das nach Ansicht des Stahlhelms „neue Volk“ also den „Menschenhaufen“ durchdringen hätte, der „Niederjassen Volksrat“ wahrscheinlich anders über Wahlen und Wahlergebnisse urteilen würde als heute. Im übrigen stimmen wir Nationalsozialisten durchaus mit dem so gekennzeichneten Weg des Stahlhelms überein, über eine

Volksgemeinschaft an die Macht zu kommen, nur was der Stahlhelm zu erreichen sich jetzt zum Ziel gesetzt hat, ist bereits in der Hitlerbewegung verflüchtigt. Darin, daß der Stahlhelm und die Nationalsozialisten diese bestehende Tatsache nicht anerkennen wollen, ist die Tragik der Uneinigkeit innerhalb der nationalen Opposition begründet. Daß sie dies vor dem 13. März nicht einsehen wollten, mag hingehen. Die Tatsache aber, jetzt noch leugnen zu wollen, nachdem 11.3 Mill. Deutsche ihre Stimme dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung gegeben haben, trotz aller Lügen und Verleumdungen, die im Wahlkampf von allen Parteien, je nach Einstellung in mehr oder weniger gehässiger Weise, über die N. S. D. A. P. verbreitet wurden, trotz Aufstellung einer Sonderlandbaur des Stahlhelms und trotz des zugänglichen Namens des Feldmarschalls aus dem Weltkrieg, kann nur mit engherziger Kurzsichtigkeit, neidvoller Unübersichtlichkeit oder sturer Rechthaberei erklärt werden.

Die Ausführungen über den Nationalsozialismus und seine Werbung beweisen wieder einmal, ebenso wie sämtliche Reden der Führer des Kampfbundes Schwarz-weiß-rot, daß sie über den Nationalsozialismus nichts wissen. Die Artikel, mit denen wir werden und die nach Ansicht des „Niederjassen Volksrat“ über kurz oder lang eine freie und gesunde deutsche Volksgemeinschaft wieder herzustellen müßten, sind keine Schlagworte, sondern das von unserem Führer aufgestellte Programm, in dessen 25 Punkten die Geschichte des Nationalismus niedergelegt sind. Die Wege, die zur Erreichung dieser Ziele nach der Maßregelung gegangen werden müssen, werden sich selbstverständlich stets nach der zu jenem Zeitpunkt herrschenden Lage aus innenpolitischen, außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Gebiet richten müssen und können infolgedessen vorher im einzelnen nicht präzisiert werden, ebenso wenig wie ein Schachspieler vor Beginn der Partie in der Lage ist, seine Züge und deren Reihenfolge bekanntzugeben. Hitler hat ebenso wenig wie der Stahlhelm je seinen Anhängern irgendwelche Verprechungen materieller Art gemacht, sondern von ihnen nur den Einsatz der ganzen Persönlichkeit und Opfer verlangt. Jeder nationalsozialistische Wähler weiß darum genau, daß er nicht von heute auf morgen mit einer Besserung seiner Lage rechnen kann, und daß auch nach der Maßregelung durch den Nationalismus weiter gekämpft und weiter getrieben werden müssen. Daß sie ihrem Führer ungeschwätet dieser höchsten Anforderungen so freudig und begeistert folgen, hat seinen Grund in dem unerschütterlichen Glauben an die Idee des Nationalsozialismus und ihrem Führer Hitler, dessen kahlhafter Wille, unantastbare Lauterkeit des Charakters und außerordentliche Führerfähigkeiten ihnen zur Genüge bewiesen worden sind.

Wenn uns dieser Glaube und diese Überzeugung von der Gegenseite als Ueberheblichkeit ausgelegt wird, so frage ich, wie denn der Schicksal des Artikels im „Niederjassen Volksrat“ bezeichnet werden soll, der lautet: „Der eigentliche Spieler (Schachspieler, während Hitler nur eine Figur auf dem Schach-

brett sein soll), ist der Genius der Nation, die erst durch unsere Arbeit sich wieder sammeln, denn wir gestalten die Massen wieder zum Volk.“

Mit diesem schachspielenden Genius der Nation meint der Kampfbund Schwarz-weiß-rot, wie aus dem Artikel des Dr. Stadler in der Sonderausgabe des „Niederjassen Volksrat“ zur Reichspräsidentenwahl hervorgeht, den Geheimrat Hugenberg, der mit den Figuren Stiller und Duesterbergs gegen Brüning operierte. Die Dominierung Duesterbergs nennt Dr. Stadler in diesem Zusammenhang „einen genialen politischen Schachzug Hugenger“. Nicht gerade eine Schmeichelei für den Stahlhelm und ein Beweis für die reißende Unterordnung des Stahlhelms unter die politische Führung der Nationalsozialisten.

Dem Stahlhelm will ich gern zubilligen, daß er auf Grund seiner Zusammenfassung aus allen Klassen und Ständen in der Lage wäre, in ähnlicher Weise eine Volksgemeinschaft zu bilden, wie der Nationalsozialismus sie in großem Umfang bereits geschaffen hat, nur hätte er früher damit anfangen sollen, ehe sein Ziel bereits von der N. S. D. A. P. in die Wirklichkeit umgesetzt worden ist. Die Nationalsozialisten dagegen sind auf Grund ihrer einheitlichen Zusammenfassung aus reaktionär eingestellten Persönlichkeiten sowie auf Grund der vielfachen Mißerfolge, die ihre Partei aufzuweisen hat, nicht imstande, das Vertrauen der Massen des Volkes so zu gewinnen, daß sie sie einheitlich mit einem neuen Geist durchdringen könnten. Durch die Verbindung des Stahlhelms mit den Nationalsozialisten zieht er sich selbst im Volk eine enge Schranke, die zu übersteigen ihm nie möglich sein wird. Ich kann darum im Interesse des Stahlhelms nur hoffen, daß er aus seinem ersten Debüt am Boden der Parteipolitik die Lehre zieht, die sich aus dem Wahlergebnis von selbst ergibt, und zu seiner absoluten Selbstständigkeit und seinen ursprünglichen Aufgaben zurückkehrt, ehe er durch einen fatalistischen Mitgliedererwerb, der bereits einzusetzen beginnt, dazu gezwungen wird.

Duesterberg hat das Wort geprägt: „Es ist gleichgültig, wer Deutschland rettet, es kommt nur darauf an, daß es gerettet wird.“ Nach diesem Wort sollte der Stahlhelm handeln, anstatt sich hartnäckig zu verteidigen und den Maßstab der Dummheit nicht setzen zu wollen. Der Maßstab steht trotzdem da und kann nicht wipigipuliert werden, und selbstverständlich kann und sollte auch der Stahlhelm an seiner weiteren Aufforderung mit uns zusammenarbeiten.

Zum Schluß scheint es mir notwendig, noch darauf hinzuweisen, daß der weit über dem Reichsbuchmarkt liegende Teilerfolg des V. B. Niederjassen bei der vergangenen Wahl in erster Linie auf die Tätigkeit jenes Mannes zurückzuführen ist, der merkwürdigerweise in dem Artikel vollständig mit Stillschweigen übergangen wird, nämlich des Gauführers Rapt. Hinf. Die Gefolgschaftstreue, die der Rapt. Hinf. auf Grund seiner Popularität unter den alten Stahlhelmlern genießt, ist nicht zum geringsten Teil die Folge seiner fleißig dokumentierten freundschaftlichen Einstellung zum Nationalsozialismus.

Hochverratspsychose im Tschechenstaat

Wien, 23. März. Die nervöse Kalliopeität der tschechischen Regierungskreise, die sich in zunehmenden Devisenverfolgungen und Hochverratsverfahren kundgibt, ist eine Folge der stets empfindlicheren zutage tretenden Wirtschaftsergitterung mit ihrem Zwang zu politischer Vernunft. Um die Aufmerksamkeit der tschechischen Patrioten von diesen Dingen abulenken, werden die chauvinistischen Devisenablenker künstlich gehetzt. Zweifelslos trägt auch die Lage im Reich, die gleichfalls nach letzten Entscheidungen drängt, dazu bei, das tschechische Gerede von einer ungewissen Zukunft ins Ungemessene zu steigern. Nur so erklärt es sich, daß auf ganz vage Verdachtsgründe und Verdächtigungen hin Menschen durch Wochen und Monate in Untersuchung gezogen und in Haft gesetzt werden, um dann schließlich wieder freigelassen zu werden, weil sich die Verdachtsmomente als unzulänglich erweisen haben.

Was sich in den letzten Monaten in der „freilebigen, demokratischen Tschechoslowakei“ auf diesem Gebiete abspielt, ist ein unerhörter Standart, eine Verletzung jeder Menschenwürde und erzieht an das „finstere Mittelalter“, an die Zeit schwerster religiöser Verfolgung. Der unfaßliche Tod auf dem Scheiterhaufen war vielleicht noch menschlicher als die Qualen einer monatelangen Haftzeit mit den inquisitorischen Verfahren, um doch endlich irgendein Geständnis zu erpressen. In den früheren unbedenklichen „Polizeistaten“ war es üblich, gegen einen Misstäter erst das Anklagematerial und genügende Beweise für seine Schuld zu sammeln, bevor man zu seiner Verhaftung schritt und ihm in der kürzesten Zeit den Prozeß machte. Im tschechoslowakischen „Freiheits- und Rechtsstaat“ ist dies

anders. Die verfassungsmäßig gewährleistete Freiheit der Person wird nicht beachtet, grundsätzlich werden politisch mißliebige Personen, hauptsächlich zum Zwecke der Einschüchterung für die anderen, ausgegriffen, der Spionage und des Hochverrats beschuldigt, auch wenn gar keine schwerwiegenden Verdachtsgründe vorliegen. Die Untersuchungsbehörden dient erst meist dazu, solche Gründe zu konstruieren. Man schließt die „Verdähtigen“ hermetisch von der Außenwelt ab und nimmt ihnen jede Möglichkeit der Verteidigung, da selbst ihrem Rechtsbeistand jede Einsicht in die Akte verweigert und das Recht verweigert wird, sich mit dem Verhafteten über die Angelegenheit besprechen zu können. Die Untersuchungsbehörden montieren, einmal, weil Untersuchungsrichter infolge Überlastung 30 bis 40 Fälle zu gleicher Zeit zu führen, gezwungen sind, und zum anderen, weil ja das Beweismaterial, das die Grundlage zur Verhaftung bilden sollte, erst nachträglich beifällt werden muß.

Es ist interessant, zu wissen, daß Spionagearbeiten immer im Ministerium für nationale Verteidigung von militärischen Sachverständigen geprüft werden, daß dieser Vorgang an der Verhüllung solcher Voruntersuchungen die meiste Schuld trägt. Die militärischen Sachverständigen beherzigen aber den Prozeß, sie sind ausnahmsweise und nehmen nicht die geringste Rücksicht auf staatsgrundgesetzlich gewährleistete Menschenrechte. Was gilt ihnen Freiheit, Ehre, Eigentum und Gesundheit eines Zivilisten, was kümmert sie dessen Familie? Sie sehen „das Vaterland in Gefahr“, sie suchen es zu retten, wenn sie auch 99mal danebengehen und Unschuldige zugrunde richten. Auch die Strafprozedur wird dabei vollständig außer acht ge-

lassen. Die Gerechtigkeit wird so eine Dirne des herrschenden Chauvinismus.

In der Nummer 273 des „Prager Tagblattes“ waren zwölf Fälle aus der letzten Zeit aufgeführt, in denen die Untersuchungsbehörden wegen „Spionageverdachts“ bis zu 9 Monaten ausgedehnt wurde, worauf das Verfahren mangels Beweises eingestellt werden mußte. Seither sind noch dutzende Fälle dazugekommen, darunter die Verhaftung des Wendenlehrers Schwarz, des Rentmeisters Müller, der Mittel- und Hochschüler in Brünn und Jägerndorf wegen des Verdachts „staatsfeindlicher Umtriebe“, begangen durch Teilnahme an dem geheimen Verein „Jungtürk“, in den letzten Tagen die Verhaftung von Funktionären anläßlich der Auflösung des nationalsozialistischen Vereins „Vollschritt“ und vieles andere mehr noch in langer Reihe, wodurch angeblich der Staat „gefährdet“ wurde. Er muß wahrscheinlich auf sehr schmalen Füßen stehen, wenn er schon durch einen unglücklichen Mittelschülerverein „erschüttert“ und „gefährdet“ werden kann. Geradezu eine Welle von Hochverratsverfolgungen geht wieder einmal über das tschechoslowakische Gebiet hinweg, wie unlängst mit Recht eine deutsche Zeitung schrieb, und täglich bringen die Zeitungen Nachrichten von neuen Verhaftungen und Hausdurchsuchungen, und das alles aus der hysterischen Angst des tschechischen Staatsvolkes um den Bestand ihres Staates, den sie während der 13 Jahre Eigenstaatlichkeit nicht auf der Liebe der Untertanen aufbauen konnten, den sie lediglich durch die rote Gewalt und Macht, die ihnen der Staatsapparat gibt, zusammenhalten, den sie mit Bajonetten und Maschinengewehren stützen, die sich zu allen Zeiten gegen den lebendigen Willen der Bevölkerung nach Freiheit als zu schwach erweisen haben.

Marxistische Jugendverhetzung im „Burgfrieden“

Die von Kommunisten und Sozialdemokraten am vergangenen Palmsonntag veranstalteten „Jugendweihen“ fanden durchweg auf dem Niveau der verächtlichen Klassenkampfumgebungen. Während man auf der einen Seite gegen die Veranstaltung einer Führertagung der Hitlerjugend in Braunschweig Zeter und Mordio schreiet und die Reichsregierung fordert, haben die neupreußischen Polizeimächte nichts dagegen, daß gleich am ersten Tage des Osterbürgerkriegs die Verurteilung in einer unerhörten Weise durchbrochen wurde. Der Osterbürgerkrieg soll angeblich erlassen sein, damit die tschechischen Feiertage nicht durch politische Ausfaltungen gestört werden. Wie ein Hohn muß angesichts dieser Auslegung die Tatsache wirken, daß die marxistischen Jugendweihen am Palmsonntag unter dem Zeichen fanden, die Jugend planmäßig zu Feinden der Staatsordnung, der christlichen Kultur und zu fanatischen Hassern der Volksgenossen zu erziehen.

Blutrote Transparente mit den bekannten Inschriften: „Religion ist Opium für das Volk“ — „Wir glauben an kein Paradies im Himmel“ — „Der Junge werden Klassenkämpfer“ umrahmt von roten Fahnen, die z. T. von schulpflichtigen Kindern getragen wurden; so sieht der äußere Rahmen dieser „Weihen“ aus. Dazu brüllen die Sprechköpfe der sozialdemokratischen Gottlosverwörter Worte wie: „Das bunte Spiel ist vorbei, wir zogen aus das Rindfleisch, blutrot die Fahnen wehen unserem Weg voran! Schwert die roten Fahnen und singt im Chor: Wacht auf, verdammte dieser Erde, die stets man noch zum Hungern zwingt...“ Boller hört die Signale, auf zum letzten Gefecht, die Internationale erklämpft des Menschen Recht.“

Mit einem gewaltigen Aufwand von roten Fahnen, Sprech- und Singkören, den sogenannten Bewegungsbildern werden dann die zu Weihen auf die Bühne geleitet, wo ihnen das Gedächtnis zum hundertfachen Kampfe abgenommen wird, gegen alles, was nicht „proletarisch“ ist. Das alles und noch viel mehr geschieht offen unter dem Zeichen des angeblichen Osterbürgerkriegs, der vermutlich für die Einsparungen nicht gilt. Auch das allerchristliche Zentrum hat gegen solche Zustände in dem von ihm regierten Preußen nicht das Geringste eingewendet.

Preussentum und Nationalsozialismus

Da der Nationalsozialismus in Preußen die stärkste Parteistellung bezogen hat, ist die Frage nach seinem preussischen Gehalt berechtigt. Konservative Bornhörs und Bornhörs treffen seine fideleische Dektur, wenden sich gegen „Masse“, „Demagogie“ und „Sozialismus“. Diese Begriffe verdienen eine Behandlung, die sich von Schlagworten freihalt. Schwarz das Wort hat in seiner Schrift: „Preussentum und Nationalsozialismus“ — 7 Briefe an einen preussischen Junker (Stuttart-Verlag, Stuttgart, Preis 0,50 RM.), diesen Weg beschritten. Er zeigt, wie der Nationalsozialismus zwischen Geist und Band neue lebendige Beziehungen schafft, das Gefühl der Masse veredelt, den Willen zum Staatlichen und Bodenständigen erneuert und dem Osten zutreibt. Die Frage der Monarchie, der Revolution, der Sozialisation und der Religion sind im lebendigen Gespräch behandelt, von einem Standpunkt aus, der das Preussische bewahrt in sich trägt und in der Forderung des Nationalsozialismus besteht.

Besucht die Bremer Ostermiese

vom 27. März bis 3. April (Hohentorsplatz), die größten Unternehmungen sind anwesend.

Großer Freimarktstrubel

Veranstaltet von den Bremer Wandergewerbetreibenden.

Familien-Anzeigen

Verlobte:
Irma Mühlner mit Heinz. Gömann.
Geburten:
1. E. Adolf Furberg und Frau Minn, geb. Meyer.
Verstorbene:
Meta Albers Wwe, geb. Dehlwes, 82 J. — Bernhard Kufcher, 78 J. Sophie Deharden, geb. Paradies, 78 J. Anna Wilkens, geb. Peder, 70 J. Marie Sabie, geb. Weimann, 66 J. Hermann Hinrich, 1 1/2 J. — Arnold Müller, 72 J. — Claus Rathjen, 71 J. — Marie Liebede, geb. Müller, 75 J.

Heinz Sixt
Räthe Sixt, geb. Probst
Vermählte
Bremer Andreastr. 32

Stadttheater

Heute
Donnerstag, 19.30 Uhr, 147. Ab.-B.
Regie-Vorstellung im Goethe-Theater
Gastspiel Heinrich George vom Stadttheater in Berlin
Götz von Berlichingen
Göt. Heinrich George
Freitag: Geschlossen
Sonabend, 19.30 Uhr, 148. Ab.-B.
„Die Zauberkiste“
Sonntag, 18. Uhr, 149. Ab.-B.
„Parsifal“
Montag, 12.15 Uhr, 50. Nachm.-Vorst.
„Im weißen Rößl“
20 Uhr, 150. Abm.-Vorstellung
„Die schöne Helena“
Dienstag, 20 Uhr: Gefchl. Vorst.

In den Centralhallen
Düsternstraße
Vollständige Vorstellungen des Stadttheaters
Sonntag, 27. März, abends 20.15 Uhr:
In neuer Einfassung
„Mein Leopold“
Vollständ. in 3 Akten von A. Strindberg, Musik von R. Bial.
E. Jonas mit Gesangs- und Tanzsolisten. Kleine Preise:
50 Pfg., 1.—, 1.50, 2.— Mt.

Vorverkauf täglich!

Kauft nicht in Warenhäusern!

BREMER Stadttheater

Freitag, den 1. und Sonnabend, den 2. April
1932, abends 20 Uhr
26. und 27. Vorstellung außer Abonnement
Zweimaliges Gastspiel

Henny Porten

mit eigenem Ensemble
in dem entzückenden Lustspiel

Madame sans gêne

Sitzrolle Henny Porten

Preise der Plätze: RM. 1.25 bis 7.50

Der Vorverkauf beginnt am Sonnabend, den 26. März, vormittags von 10.30—13.30 Uhr und nachmittags von 17.30—19.30 Uhr an der Theaterkasse

Schuhhaus Wachendorf

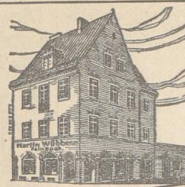
gegründet 1877

Das Haus der fachmännischen Beratung

Ostertorsteinweg 49 beim Schauspielhaus

Filiale: Hess-Schuhe, Oberstraße 22-24

Wilhelm Marquard
vor dem Seintor 20, Sparhafen
Herrenmäntel, Handschuhe, Strawatten
Gassen usw., Damenstrümpfe, Damen-
handschuhe, Unterleider usw., usw.



**Allerbeste
Suppenhühner**
1 Pfund 90 Pfg. Prima junge
Hähnchen. Sehr große Auswahl
M. Wübbena, Rathenausr. 19

LILIAN HARVEL
Die große Tonfilm-Operette
**Herzen
und ein Schlag**
mit Wolf Albach-Retty
Otto Wallburg, Kurt Lilien
Erst-Aufführung
am Sonnabend, den 26. d. Ms. im
Metropol-Theater
3 1/2, 6, 8 1/2 Uhr

Bestellt die B. M. Z.



J. C. KAYSER
FAULENSTRASSE 15
Erstes Spezialhaus f. Herrenwäsche u. Krawatten

Zu vermieten

Zimmer
zu vermieten, an sol.
S. A. Mann. Ang.
u. D 339 an d. V.

Stellengesuche

Junges Mädchen
m. guten Näh- u.
Kochkenntn. sucht
Stellg. im Haush.
Gute Zengn. vorh.
Ang. u. E 340 a. d. V.

Mietgesuche

Parteigenossin
sucht möbl. Zim-
mer (mögl. Neust.)
Ang. mit Preis u.
P. 341 an d. V.

Habe noch hellen
**Scheiben-
honig**
abzugeben.
Markt, Domshof,
gegenüb. Rathaus.
Rodemerk

8 Pfg.-Brasil

Besser und billiger als im
Warenhaus. Heim. Maller sen.,
Herderstraße 22. Zigarrenfabrik

Oster- Kaffee

bei
Johann Heisler

Brüdenstraße 33

Große Auswahl in
Ostereiern u. Konfitüren

Oster- Geschenke

in Ostereiern, Bonbon-
nieren, Schokoladen u.
Marzipan

kaufe ich nur bei

Fr. Abeling

Ostertorstraße 25

Hier mirbt der Einzelhandel

**Damen-, Herren- und
Kinderwäsche - Strümpfe**
Emil Götting
Seintor (gegenüber Schauburg)

Kanarienvögel
Vogelkäfige, Futter, Fische, Nist-
kästen für alle Vögel
AUERBACH
Zool.-Handlung, Düsternstraße 71

Neue Damenhüte
für das Frühjahr
Gerlof & Wupperfurther
Eckhaus Lützowerstraße 134/36

Betten
AUSSTEUER-ARTIKEL
Pg. Georg Löbe
Lützowerstraße 85/87

Kinderwagen, Sportwagen

Garten- und Verandamöbel
Ostertorsteinweg 55
beim Schauspielhaus — Domshof 26706

L. Mehnen

Zum Osterfest prima Ostereier
sowie Schokoladen, Pralinen, Ge-
schenkpäckchen, Keks
Brandenburg-Steinbach
Kahlenstraße 1

Für den Herren:
Oberhemden, Krawatten, Hand-
schuhe, Socken etc.
Hugo Weber Wwe.
Lützowerstraße 76 — Weser 85352



Zu Ostern
gibt es gut u. billig
Krawatten
bei **Waitz**,
Oberstr. Ecke Molkerei.

L. Korte
Blumen-Pavillon
Hartwigstraße 31a
Tel. Hansa 462 76

**Wer
rechnen
muß**



**am
Ostertor
kaufen**

kann seine
Tapeten nur
bei

TAPETEN- u. LAUFER-SCHAU

Ostertor-
steinweg 46a

Mathilde Böttcher

Am Wall 130, gegenüber der Blumenschule
Das Haus der vornehmen und preiswerten
Damen-Bekleidung.

Ostereier in Schokolade
Marzipan, Geschenkpäckchen
Meta Engelke
Kl. Meinkenstraße, Ecke Häfen

Feine
Fleisch- und Wurstwaren
zu den billigsten Tagespreisen
Fr. Dammann
Vasmerstr. 18 / Domshof 277 67

Schöne Osterbraten
und Ia. Ochsen-Mett
E. Steuber, Haferkamp 79
Fernsprecher Weser Nr. 834 75

UHREN - GOLDWAREN
BESTECKE
Wilh. Böhlting
Ostertorstraße 39

Hans Schierloh
Parteigenosse
Habenhausen, Fernsprecher 40083
Deutscher Bienenhonig

Schokolade
Pralinen, Keks, Kaffee, Tee, Kakao
stets frisch in bekannter Güte
LUISE GENTEMANN
Hafen 79, Domshof 252 10

Schokolade
Konfitüren
FR. ABELING
Ostertorstraße 25

Betten
Aussteuer-Artikel
F. A. Hasenbein Nachf.
Ostertorsteinweg 105a.

Für Herren empfehle ich alle Ausstattungsartikel, wie
Oberhemden, Krawatten, Unterwäsche usw. in großer Auswahl, niedr. Preise
GERH. v. HAGEL, am Findorffunnel

Herren-Hüte, Herren-Mützen
GERLOF & WUPPERFÜRTH, Eckhaus Haferkamp 99

Aus Bremen Stadt und Staat

Sonntagswort für die Woche

1. Kor. 15, 55:

Der Tod ist verschlungen in den Sieg.

Offener! Überwindung des Todes. Wunderbar. Der Tod ist der unumgängliche Herr über alles, was war und ist und sein wird. Er ist wie ein unergründlicher Rachen, der alles in sich hineinschlingt. Das Schreckensgespenst, das durch die Menschheit hindurchwandert, dürrt und bliesst, erschreckt und erschüttert! Es ist kein Kraut gegen ihn gemachtes. Kein Fortschritt, keine Technik, keine Wissenschaft kann gegen ihn antommen.

Offener! Kündet uns vom gewissen Sieg über den Tod. „Jesus Christus hat dem Tod die Macht genommen, und das Leben und ein unumgängliches Wesen an das Licht gebracht.“ Es ist nichts Eindrucks, Unnatürliches, Widersinniges, Ungläubliches an ihm gewesen. Sein Leben war vollkommen reit, nach Gott und aus Gott, damit auch nicht im Nachbereich des Todes liegend. Der Tod konnte keine schwache Stelle, keinen Riß noch Wackel bei ihm finden, der hätte ansetzen und seine vernichtende Kraft entfalten können. Was er gefunden war am Kreuz, das war er um anderer willen gefunden, um der Menschheit Erlösung willen, die er in heißer, ewiger Liebe zu ihr und in freiwilligem Gehorsam gegen die Heilsgewalten des Vaters auf sich genommen hatte. Der Tod konnte das Reinen war die Befreiung der Schuld, die Tilgung der Sünde, die Aufhebung ihres Gerichtes und ihrer Strafe.

Seine Aufstehung war das väterliche Ja und Amen zu seinem wunderbaren Werk. Es ist vollbracht und gelungen. Die Sünde ist unumstößlich geworden. Der Tod hat darum keine Bedeutung verloren. Er ist nur noch naturnotwendiger Abgang und Durchgang im Leben der Jesuskinder. Er vernichtet ihr Leben nicht mehr. Er erhebt es in eine höhere Ebene, in die reine Gemeinschaft mit Gott, in den Zustand der Vollendung und Vollkommenheit. Er ist nur die Warte, biswelen sehr dunkel, biswelen auch Licht und freundlich, zum wahren, ewigen Leben. Der Tod ist verschlungen in den Sieg, in den Sieg Jesu Christi.

Es bedeutet Jesus die tatsächliche Überwindung des toten Punktes in der Menschheitsgeschichte. Karfreitag und Ostern gehören zusammen, wie Winter und Frühling zusammen. Aber Ostern ist der Sieg des Lebens. Und keine andere Stelle im Himmel und auf Erden gibt es als nur diese eine, dort unter und nach dem Kreuz auf Golgatha und in Josephs Garten, an der die Wirklichkeit und Gewissheit dieses einzigartigen Sieges zu haben wäre. Alle, die dieses gekreuzigten und auferstandenen Jesus zu ihrem Erlöser und Führer werden lassen, dürfen mit dem bremischen Niederländer J. A. Lampe triumphieren: „Mit Jesus auferstandenen, mit Vergeltung geschildert, so bist du jeden Banden des Todes mit entrückt. Kein Fluch drückt das Gewissen, der Schuldbrief ist zertrüffelt, und alles, alles ist bezahlt.“ Wohl dem, der also Ostern feiern kann.

Wahrheit die Zahl solcher gläubigen Christen in unserer Völle größer werden. Es sind die Menschen, die in ihrem Glauben Jesus über alle Anfechtung und Gottlosigkeit haben, Mut und Unerschrockenheit gegen alle Unterdrückung, die Gewissheit: Es geht wohl mit der guten Sache über Karfreitag zum Ostern, durch Kampf zum Sieg, durch Sterben zum Leben. Ihr Herr und Meister ist ihnen Vorgesang in aller Schwachheit und Not, im Kampf und Bedrängnis. Der Tod ist verschlungen in den Sieg. Gott aber ist Dank, der uns den Sieg gegeben hat durch unsern Herrn Jesus Christus.

Pastor Thyssen.

Die Sparkasse in Bremen macht ihre Einleger in ihrer geliebten Anlage darauf aufmerksam, daß für selbsteigende Sparleistungen sich auf Grund des Zinsabkommens der deutschen Kreditinstitute eine geringfügige Verringerung in den Zinsleistungen ergibt, welche die bislang vergüteten Zinsen teilweise vergütet werden sollen.

Fischerrei in den Gewässern des bremischen Gebiets. Ueber die Verschüttung zur Angelfischerrei befinden beim Publikum und insbesondere auch bei dem Angelfischerreisenden Personen noch vielfach irrige Auffassungen. Es verhält sich damit folgendermaßen: Nach Paragraph 5 des bremischen Fischereigesetzes vom 27. Mai 1883 ist das Fischereirecht, das den Bürgern oder Einwohnern der Stadt als solchen, oder den Mitgliedern oder Einwohnern einer Landgemeinde als solchen zugesprochen ist, bis auf die Angelfischerrei aufgehoben. Das bisherige Recht der Einwohner der Stadt Bremen erstreckte sich aber lediglich auf den Fischfang in der Weiser und auch nur insoweit, als es für den eigenen Bedarf erfolgte. — Dies sprechen die Räumliche Rolle vom Jahre 1489 und die bremische Verordnung vom 12. Oktober 1736 aus. — Ein Recht des Fischfanges der Bremer Einwohner in den Gewässern des Landgebiets hat also nie bestanden und ist somit auch nicht durch das Fischereigesetz vom Jahre 1888 bestätigt worden. Das Fischen mit der Angel ist demnach ohne besondere Erlaubnis nur in der Weiser

Ein Wahlmanöver?

Selt Wochen posante die offizielle und nicht offizielle Presse es aus, daß die langgeheute Spritzenleistung nun unmittelbar bevorstünde, und zwar solle sie zugleich mit der Biersteuerleistung Platz greifen.

Seit Jahren geht es mit dem Brenneier- und Destillationsgewerbe des überlegten Spritzenpreises herab, und das Reichsmonopolamt erstickt in Spritzen, der keinen Absatz finden kann.

Seit Monaten leimte die Hoffnung, daß die Regierung ein Einsehen haben würde und daß der Spritzenpreis von 6 RM. auf 4 RM. gesenkt werden sollte.

In der letzten Woche war alles soweit vorbereitet, daß die Spritzenleistung als feststehende Tatsache für den 20. März angesetzt werden konnte. Nach allen Vorgängen muß es das gesamte Gewerbe wie einen Falschschlag ins Gesicht empfunden haben, daß die Senkung der Brenneierpreise ohne Angabe eines Grundes seitens der Regierung einfach unter den Tisch fiel.

Das verbindlich gegebene Versprechen: „Keine Biersteuerleistung ohne gleichzeitige Herabsetzung der Brenneierpreise“, ist offenbar unter dem

geplatzt. Wer in anderen Gewässern, insbesondere der Leum, Wäme und Dichtum fischet, ohne im Besitz einer von dem Fischereiberechtigten ausgestellten Fischkarte zu sein, macht sich strafbar. Im Schöneberger am Halstedter Wehr ist jede Art des Fischfangs untersagt. In den Häfen ist nur das Fischen mit der Lodangel gestattet, und auch nur dann, wenn dazu von der Polizeibehörde ein Erlaubnischein erteilt worden ist.

Gesellschaft. Donnerstag, 31. März, 20 Uhr, im Saal der Studienanstalt, kleine Halle, 4. (letzte) Kammernstube des Pfälzermonarchischen Kreisarchivs. Vortrag: „Schüler, Streichquartett in B-Dur; Meyer, Serenade für Flöte, Violine und Bratsche; J. G. Dand, Streichquartett Nr. 13 in B-Dur. Karten zum bekannten Einheitspreis in der Geschäftsstelle (Schauplatz) Werttag 10.30—13.30 Uhr, außerdem Sonnabend 17—19.30 Uhr. — Dort sind auch noch Karten zur Festaufführung im Stadttheater am 29. März, „Gnomon“ mit der Musik von Beethoven zu haben.

Kirchl. Nachrichten: Katholische: Methodisten: (Evangel. Freikirche) Bremen, Georgstr. 59. 1. Sonntag: 9.30 Osterpredigt Sup. Meyer; 11 Sonntagsschule; 19.30 Evangelisation Kolb. Nordstraße 114. 1. Sonntag, 11.15: Sonntagsschule, Göttingen, Göttingerheerstr. 212. 1. Sonntag: 17 Predigt. Kolb, Dienstag, 20.15 Uhr, Bibelstunde Kolb.

Bremer Zigarettenfabrik niedergebrannt. In letzter Nacht brannte die in Wingerode (Eichfeld), im sogenannten Krüge gelegene Sortier- und Versandfabrik der Bremer Zigarettenfabriken Wilhelm Pöppeler Jr. bis auf die Grundmauern nieder. Der Schaden ist erheblich, und ist durch Versicherung gedeckt. Wodurch der Brand entstanden ist, steht nicht fest. Die Firma, die in Wingerode und in der Umgegend noch einige weitere Fabrikbetriebe unterhält und gut beschäftigt ist, hofft die Verzögerung im Versand in Kürze beheben zu können.

Polizeiberechtigt. Unbekannte Täter haben in der Nacht zum 21. d. M. in der Halstedter Vorstadt zwei Feuerwelder mißbräuchlich genutzt und die Feuerwehre unnötig alarmiert. — Auf die Wiederherbeherstellung einer am 28. 2. d. J. in Münster i. W. gestohlenen Wanderzirkusmaschine, fünfjährig, dunkelblauer Lackierung, Fahrgestellnummer IX 91110, Fahrgestellnummer 2399, Motornummer 23988 wird von dem Geschädigten eine Belohnung von RM. 200 ausgesetzt. Weitere Angaben werden an jeder Polizeiwache und im Polizeihaus, Zimmer 408, Hausansatz Nr. 48 entgegen genommen. — Das kürzlich als gestohlen gemeldete Kleinfahrrad S. B. 1817 wurde in einem Abzugsgraben an der Buntelieder Landstraße aufgefunden. — Am 21. 3. morgens wurde aus einem vor einer Wirtschaft der Neptunstraße stehenden unversicherten P. A. W. eine 1,50 mal 1,50 Meter große, fast neue, auf der einen Seite schwarz gemalterte, auf der anderen Seite mit Silberblech belegte Wagentende entwendet. — In der Nacht zum 21. 3. wurde von einem Bauplatz der Schopenhauerstraße ein vierradiger 2,50 Meter langer, grau gestrichener Handwagen mit neuerigerten Rädern gestohlen. Die Täter haben den Kofferaufbau mit Namensbezeichnung heruntergeworfen und mit dem Wagen ebenfalls gestohlenen Baubolz, welches hart mit Stahl befestigt war, fortgeschafft. — Ferner wurden 5 Fahrräder an verschiedenen Stellen der Stadt entwendet.

Telefongespräch am den halben Erdball.

Norddeich, 23. März. Zu einem überraschenden Erfolg führten die Versuche der Hauptfunkstelle Norddeich auf dem Gebiete der drahtlosen Telephonie. Es gelang, zu

Druck der Sozialdemokratie gebrochen worden. Der Bericht, der für Sonnabend, 19. d. M., nach Berlin berufen war, konnte nur die Mitteilung entgegennehmen, daß die Regierung wieder umgefallen war und konnte dann wieder abgelesen.

Die Empörung über diese Handlungsweise, die, abgesehen von der Verletzung berechtigter Hoffnungen auf Geschäftsbelebung, schwerste wirtschaftliche Nachteile für viele Kreise des Gewerbes im Gefolge hat, ist groß und allgemein. Durchgehend ist man der Auffassung, daß, nachdem die erste blasse Angst vor der Reichspräsidentenwahl gemichen ist, man es sich vorberhand einmal wieder leisten kann, weiter darauflos zu arbeiten.

Hoffen wir, daß die beteiligten Kreise — und dazu gehört das gesamte konsumierende Publikum — sich jetzt nicht wieder mit Versprechungen einlassen lassen, sondern mit fester Hand das zu nehmen wissen werden, was ihnen gehört und was der deutschen Volkswirtschaft dienlich ist!

Beziehungsweise hören wir in höchsten Tönen, die so wohlgefällig die kommenden Steuerleistungen in der Wahlzeit ausposaunt hatten, jetzt nichts als Schweigen!

Ausgang des Kanals befindlichen Lloyd-Dampfer „Europa“ herzuholen. Dann verband man die „Europa“ über Norddeich mit Rauen, wo wiederum die Verbindung erweitert wurde nach Bangot, jedoch sich das Gespräch über den halben Erdball hinweg. In Nord de „Europa“ sprach ein Offizier mit einem Chinesen in Bangot eine volle Stunde lang. Das teils englisch, teils deutsch geführte Gespräch war außerordentlich klar verständlich. Der glückliche Versuch ist als außerordentlicher Erfolg der deutschen Versuche auf dem Gebiete der Funktelephonie anzusehen.

Nachrichten für Seefahrer. Die Nordsee-Station dröhrt: Seezeichen und Lotsenamt der Jade melbet. Jade. Auslegung der Sommerbeobachtung. Jade. Innenjade. Edward derbörth Richterfeuer. Mit dem Auslegen der Sommerbeobachtung wird Ende März begonnen werden. Die Edward derbörth Richterfeuer werden demnach ohne besondere Nachricht gelöscht werden. Angehörige Lage des Unterfeuers: 53 Grad 33 Min. Nord, 8 Grad 12 Min. Ost.

Bremer Getreidebericht. Weizen: Manitoba 1.630 unvergollt, Barullo (80 Kilo) 5.15 unvergollt. Gerste: Ruffen 5.30 unvergollt, La Plata 5.25 unvergollt; Hafer: Ramm, Weichhafer 5.60 Kilo 9.60; Mais: La Plata 8.60 vergollt, Donau Gaisler 8.— vergollt. Tendenz: Ruhig.

Aus der Umgegend

Selbstmord auf dem Bahngleis.

Wittlingen, 23. März. Das 57jährige Fräulein Langemann aus Diepholz, das beim Hofbesitzer Bomhoff-Gödem zu Besuch weilte, beging Selbstmord, indem es sich in der Nähe von Wittlingen vor einen Güterzug warf. Der Grund der Tat ist nicht bekannt, jedoch wird Schwerkraft angenommen.

Zwanzig Jahre später.

Bremersbrücke, 23. März. Beim Aufräumen fand eine Frau unter alten Briefschaften einen Umschlag mit vier Zehnmarkstücken. Die Goldstücke haben fast 20 Jahre her gelegen und haben Krieg und Inflation gut überstanden, jetzt haben sie immer noch einen Wert von 40 Goldmark, die der Finderin heute gut zufließen können.

Stapellauf in Emden.

Emden, 23. März. Auf der hiesigen Wert von Schulte und Bruns lief ein Dampf-Schiffbauunternehmen, das dort im Auftrag des Wasserbauamtes Emden gebaut worden war, von Stapel. Er war der 81. Neubau der Werft seit deren Einrichtung. Das Schiff hat eine Länge von 51 Metern bei einer Breite von 9 Metern und wird bei voller Ladung und Ausrüstung einen Tiefgang von 2,50 Meter aufweisen.

Rundfunk

Dienstag, 24. März. 13.15 Wetter. Seier-Wasserfall, Minutenaussendungen. 13.20 Kunstwerk. 13.25 Fortsetzung des Mittagskonzertes. 14.15 Wetter. Nachrichten. 15.15 Wetter. 15.05 Börsenfunk. 15.35 Schiffverkehr. 16.15 Deutsche Jugendstunde. 16.30 Vortrag. 16.55 Vortrag. 17.20 Vortrag. 17.40 Das bunte Programm. 18.15 Vortrag. 18.35 Vortrag. 19. Bericht: Hauptmann-Feier im Schauplatzhaus Bremen. 19.50 Vortrag. Abendbesprechung. 20.00 Vortrag. 20.15 Wetter. 20.20 Mensur auf See. 22. Nachrichten. 22.20 Aktuelles. 22.30 Tänze. 23.20 Gieserich.

Freitag, 25. März. 8.35 Was-Konzert. 9. Zeit. Wetter. 9.55 Karfreitags-Gottesdienst. 11.15 Karfreitag-Kantate. 12. Mittagskonzert. 14. Zeit. Wetter. 14.05 Deutsche Musik. 14.30 Walstein-Sonate von Ludwig v. Beethoven. 15. Dichter hören Musik. 16. Aus einer Dichters Wette im Dom zu Osnabrück. 16.30 Der Schächer am Kreuz. 17. Konzert. 18.30 Einigkeit. 19.15 Wetter. 19.20 Mattheus-Passion. 22. Nachrichten. 22.30 Engel-Konzert. 23. Karfreitag.

Sonnabend, 26. März. 6.30 Wetter. 6.40 Ein Morgen bei Johann Strauß. 7. Zeit. Wiederholung der Abendbesprechungen. 7.05 Gieserich. 7.50 Wetter. Gieserichfunk. 11. Schumanns Musik. 12.10 Zeit. Wetter. Winterkonzerte. 12.20 Börsenfunk. 12.30 Mittagskonzert.

Die SA. wird verteidigt
Pg. von Seelen hat das Wort

Für die nat. soz. Angeklagten und für die Angeklagten sprach am 5. Verhandlungstag RM. von Seelen. Er wehrte zunächst die Angriffe der RM. und SA. Verteidigung gegen das Urteil der ersten Instanz ab, um dann die politischen Angriffe RM. Glemmings zurückzuweisen. Dieser Anwalt hat es für nötig befunden, zu bemängeln, daß die Totengedenkfeier am 9. Nov. stattfand, an dem Tag, an dem i. Jt. zahlreiche Nationalsozialisten in München fielen. Nach weiteren Richtigstellungen der politischen Behauptungen RM. Glemmings ging der Verteidiger der Nationalsozialisten auf den Reichsbanneralarm ein. Der überlegene Drees habe selbst herrlich die Wachbereitschaft und dann den Alarm angeordnet. Er habe sich, ohne dazu beauftragt zu sein, zum Schützer der Stadt gemacht. Trotzdem er sich von der Haltlosigkeit der Gerüchte überzeugt hatte, wurden überaus starke Patrouillen ausgesandt, die mit Spaten und Werten ausgerüstet waren. Die Ausrüstung des Reichsbanner war ungeeignet. Die Zusammenkünfte waren dem Reichsbanner erwünscht, sonst hätte man die Patrouillen nicht gerade dann ausgesandt, als die Versammlung im Gallo zu Ende war. Man wolle sich von der Stärke, von der eigenen Kraft überzeugen. Drees sagte, daß er keinen Augenblick Führer einer Organisation bleiben würde, die politisch Unverständliche niederappelte (2) Man kann das RM. begnadigen, wenn Drees aus der Beweisführung dieses Verfahrens die nötigen Konsequenzen ziehen wird (was wir bezweifeln). Der Fall Schlichte zeigt deutlich den Geist der Truppe des Herrn Drees. Hier liegt auch dann Landfriedensbruch vor, wenn einer der Angeklagten sich nur in der Nähe des Voralles aufhalten hat. Für die Beurteilung des strafwürdigen Verhaltens des Reichsbanners im Fall Schlichte können die Vorgänge in der Bornstraße keine Milderungsgründe sein.

Zu den Vorgängen in der Bornstraße führt der Verteidiger aus, daß die Nationalsozialisten nichts anderes friedlich ihres Reges zogen. Ein kleiner Zug unter P. Clausens Führung habe sich abgewandt, um den P. Wohlgemuth nach Hause zu bringen. Die Bornstraße, die die Gegenstände dem

Angeklagten Clausen macht, wären richtiger Drees gemacht worden. Dinterher könnte man leicht urteilen, daß der geringe Vorwurf kann Clausen gemacht werden. Die Angaben der Nationalsozialisten, daß aus dem Wagen geworfen worden ist, sind zum mindesten objektiv wahr. Keiner dieser Angeklagten würde auf der Angeklagten sitzen, wenn sie nicht selbst zur Polizei gegangen wären. Auf der Gegenseite dagegen sehen Angeklagte, die nach der Schlichte ergriffen sind, sie haben auch heute der Drees, ihre Handlungen an dem Abend zu verurteilen. Das Gericht hat den Antrag, den P. Wohlgemuth darüber zu vernehmen, daß vor dem Polizeigewalt keine Nationalsozialisten gelaufen sind, abgelehnt, weil diese Tatsache als wahr unterstellt wurde. Man kann den Nationalsozialisten keinen Vorwurf daraus machen, daß sie durch die Elbschiffstraße gegangen sind. Sie sind dem Wagen gefolgt, weil sie dachten: „Wo die Polizei ist, da ist Sicherheit.“ Die ersten Nationalsozialisten haben nicht gewußt, daß sie sich im Wandraum politischen Gegnern näherten. Sie man sie werden konnte, was es schon zu spät. Wenn sie umgekehrt wären, hätten sie den Feind im Rücken gehabt. Man braucht auch nicht einem drohenden Angriff auszuweichen, das ist die Rechtspflicht des Reichsbanners. Das Reichsbanner war entschlossen den Reichsfrieden zu brechen, diesen Friedensbrecher brauchten die Nationalsozialisten nicht auszuweichen. Man kann den Angeklagten der RM. nicht beweisen, daß sie schuldhaft in die Schlichte hineingeraten sind, deshalb kann man ihnen auch nicht absprechen, in Notwehr gehandelt zu haben.

Die Behauptung, daß Deder nicht von einem Reichsbannermann erlitten ist, ist nicht bewiesen. Es kann kein Zweifel daran herrschen, daß ein politischer Gegner Deder erlitten hat.

An der Gegenseite steht das Amt Deder

A. A. Kurt Müller

sprach für die Angeklagten des Reichsbanners zum Fall Schlichte. Die Tat schreie nach Vergeltung, die Frage sei aber, ab Anteil und Vorgehen an dem Überfall beteiligt seien. Nach längerer Aussprache kam der Verteidiger zu

dem Senat, daß das den neuen Angeklagten nicht nachzuweisen sei, daß sie am 1. April beteiligt seien, die meisten freigesprochen werden, weil ihnen die Körperverletzung nicht nachzuweisen sei. Sollte das Gericht zu einer Verurteilung der beiden Angeklagten wegen einfachen Landfriedensbruchs kommen, so seien die in erster Instanz ausgeworfenen Strafen viel zu hoch, da beide Angeklagten einschlägig nicht vorbestraft seien. R.-M. Müller versuchte dann noch eine Danks für General Drees zu brechen. Da es der Öffentlichkeit gleichgültig sein kann, ob das Reichsamt glückselig oder unglücklich ist, Drees als Führer zu haben, erwidert es sich aber auf diesen Fall einzugehen. Jeder objektive Denker wird aber feststellen müssen, daß Drees ein gut Teil der intellektuellen Schuld an den Zusammenstößen in der Vorstraße hat. Zum mindesten war der Mann schuldgeleitet, keiner der Führer des Reichsamtes will für die überaus harten Patrouillen verantwortlich sein, das hätten wir sowohl von Drees selbst, wie von anderen vernommenen Unterführern des Reichsamtes in der Verhandlung.

Wie harmlos sollte, nach Aussage Drees, der Mann verlaufen, heute will für die Folgen nun keiner verantwortlich sein.

In der Replik weist der Oberstaatsanwalt sodann verschiedene Behauptungen der Verteidigung zurück und ging zur Erklärung seiner Anträge nochmals auf den Tatbestand ein. Im Verlauf seiner Rede sprach der Oberstaatsanwalt von „unfälliger Uniform“ und betonte, daß seit dem Uniformverbot alles viel ruhiger in Bremen gemordet sei. Die Schuld am Zusammenstoß liege auf beiden Seiten, beide Seiten seien zu befehlen.

Sämtliche Verteidiger führten dann nochmals für die von ihnen vertretenen Angeklagten alle Entschuldigungs- und Milderungsgründe ins Feld. Als erster wandte sich R.-M. Dr. Ehlmann gegen die Ausführungen Dr. von Seelen, ohne sie jedoch entkräften zu können. Nachdem R.-M. Staats-Anwalt die „Vormerkung“ seiner Angeklagten nochmals in Treiben führte, wandte sich R.-M. von Seelen gegen die Ausführungen des Oberstaatsanwaltes. Die Zeugenaussagen hätten gefügt, daß die Nationalsozialisten nicht anders handeln konnten, als sie es taten, daß also Notwehr vorgelegen habe. Nicht die „unfällige Uniform“ habe die Zusammenstöße verursacht, nichts habe dafür gesprochen, daß der Streikverbot die Vorstraße bereits verlassen habe. Die Angeklagten hätten sich sicher gefühlt, weil sie glaubten: „Hier ist die Polizei“. R.-M. von Seelen fand am Schluß seiner Ausführung scharfe Worte der Abwehr gegen eine gewisse Presse (Volkzeitung), die sich nicht gekümmert hat, den Vorhingen der ersten Instanz in scharfer Weise anzugehen. Der Verteidiger betonte, daß auch dieses Gericht an den Befundungen der Zeugen, die ausfahrgelassen für das erste Urteil waren, nicht vorbeigehen kann und wird.

Im Schlusswort trat der Angeklagte Schütte für das „Braunbündel“ der Nationalen ein, das ein Zeichen für die Weltanschauung der Nationalsozialisten sei. Es sei zugleich ein Propagandamittel für die Partei. Es sei nicht so wie der Oberstaatsanwalt behauptete, daß es ruhiger geworden sei seit dem Uniformverbot, das Gegenteil sei der Fall, weil ein Führer heute seine Leute nicht mehr zusammen führen dürfe, hatten die Nationalsozialisten viele Opfer zu beklagen.

Das Urteil wird heute gesprochen werden. Für die Frage der Bestrafung der Nationalsozialisten wird ausfahrgelassen sein, ob ihr Einbringen in den Wandraum und in die Vorstraße ein schuldhaftes Verhalten darstellt.

Verammlung der Mechaniker-Vereinigung e. V. Bremen. Am Montag, den 21. März, fand im Bierhaus Hof an der Backstraße eine gut besetzte Versammlung der Mechaniker-Vereinigung statt. Der Vorsitzende Kollege Wegmann konnte mitteilen, daß die Gewerbetommision des Senats namentlich die Auflösung der alten Zwangsordnung verfügt habe. Ein Antrag auf Errichtung einer freien Zunft, unterzeichnet von über 100 Kollegen, ist der Aufsichtsbehörde bereits überreicht und würde in Kürze auch wohl entprochen werden. — Ueber die Vorwürfe gegen die Leitung des Reichsverbandes des Mechaniker-Gewerbes, insbesondere gegen den Vorsitzenden referierte der Kollege Wäling. Dadurch, daß die Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen den Vorsitzenden eingestellt habe, sei die Einstellung der

Reiniger Mitglieder des Reichsverbandes nicht beeinflusst. Unsere Kollegen betrachten die Vorwürfe nicht von strafrechtlicher Seite sondern vom kollegialen Standpunkt aus und hier stehe nach wie vor einwandfrei fest, daß die geschehenen Handlungen nicht im Interesse der Handwerkschaft liegen. Zwischen uns habe in Berlin eine Sitzung des Verwaltungsrates des Verbandes stattgefunden, in der Herr Tegtmeyer das Vertrauen ausgesprochen wurde. Es sei deshalb mit einer Umstellung in der Verbands-

politik nicht mehr zu rechnen und könne deshalb der Vorstand der Mechaniker-Vereinigung den Bremer Kollegen ein weiteres Verbleiben im Reichsverband nicht mehr empfehlen.

Zu der Debatte sprachen sich alle Redner für den Austritt aus. Die geheime Abstimmung ergab den Austritt aller gegen zwei Stimmen, so daß praktisch der Bremer Bezirk des Reichsverbandes nicht mehr besteht.

Die sehr harmonisch verlaufende Versammlung fand erst nach Mitternacht ihr Ende. B.

Ein Brief aus dem Leserkreis

Als geborener Bremer und Leser Ihrer Zeitung möchte ich Sie bitten, mir darüber Auskunft zu geben, ob die jetzige deutsche Regierung, welche ständig im Rundfunk durch den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg und Herrn Reichsminister Brüning dem deutschen Volk mitteilt, daß sie den Bedürfnissen in der Not helfen will, dies so oft bis zum Uebermaß gegebene Versprechen erfüllt, wenn sie wie folgt handelt:

Hier in Wippenburg lebt eine Frau mit drei Kindern, deren elterliches Vermögen durch die Inflation zerstört ist und welche gar nichts besitzt als ein Haus mit kleinem Grundstück, welches mit Hypotheken überlastet ist, so daß keine Anleihe mehr aufgenommen werden kann.

Diese Frau hat durch Blutvergiftung den Gebrauch des rechten Armes verloren, der durch die Operation zertrümmert wurde, sie ist also vollständig erwerbsunfähig. Jüngendwache Unterstützung oder Rente erhält die Frau nicht. Landrat und Regierung haben jede Unterstützung abgelehnt, trotzdem die Frau keinen Pfennig besitzt, so daß dieselbe lediglich auf Bettelei angewiesen ist.

Jetzt will der Landrat, also die deutsche Regierung, ihr noch das Haus über dem Kopf wegnehmen und die aufgelaufenen Grundsteuer, Gemeindefeuern usw. als nicht mehr tragbare Hypothek hinter den anderen Hypotheken eintragen lassen, ihr also das Krüppel ohne Erwerb und ohne Vermögen das Dach über dem Kopf wegnehmen.

Die Frau hat kürzlich durch den Auktionator einige alte Betten usw. von ihren verstorbenen Eltern vererbt bekommen. Der Versteigerungserlös waren die letzten Substanzien, welche die Frau für das tägliche Brot besaß und zwar die allerletzten Substanzien. Auch diese hat die Regierung ihr für Steuern weggenommen und den Einbruch bagatelisiert.

Sie bitte mit nun mitteilen, ob dies die Erfüllung des Versprechens der Reichsregierung ist, die im Radio in endlosen Tönen in die Welt und in die Volksmengen gerufen wird:

„Ich verheiß mich für die volle Wahrheit meiner Angaben und bitte Sie freundlichst mit zu sagen, ob die Regierung hier so handeln darf.“

Mit deutschem Gruß. Frau. H. S.

Die Antwort ist sehr einfach. Sie lautet: „Jeder werde für seinen Führer Adolf Hitler, damit er am 10. April die meisten Stimmen bekommt.“

Hamburg verläßt die Elektrizitätswerke an das Ausland.

Der Hamburger Senat beschließt, wie das „Hamburger Tageblatt“ erzählt, die Aktien der Hamburger Elektrizitätswerke im Betrage von etwa 25 Millionen an ein französisch-amerikanisches Konsortium zum Nennwert zu veräußern. Damit folgt Hamburg dem Beispiele des Berliner Magistrats, der bekanntlich bereits vor Jahresfrist seine Städtischen Elektrizitätswerke veräußerte, um den drohenden Bankrott der Finanzen aufzuheben. In Hamburg wie in Berlin herrscht eine rote Geschäftsführung der Verwaltung, unterstützt von instinktuellen Bürgerpartei, die für wenige Abfälle zu allem Ja und Amen sagen.

Das ist das Ende der vom Marxismus verpönten Sozialisierung der lebenswichtigen Betriebe. Generalisationen hindurch laufen stehende deutsche Arbeiter der Elben und der Faust in den Städten und Gemeinden die Werte. Gas, Wasser und Elektrizität, Verkehr, hier liegen die Wirtschaftszweige, wo der Staat oder die Gemeinde nützbare Arbeit für die Allgemeinheit leisten kann. Auf allen möglichen Gebieten hat sich die öffentliche Hand

beteiligt. Ueberall mit einem unglücklichen Ende, dessen Jeder der Steuerzahler bezahlen mußte. Die lebenswichtigen Betriebe aber werden jetzt als das internationale Großkapital verschleudert, das dann den Preis beliebig festsetzen wird. Es ist hohe Zeit, daß eine nationalsozialistische Regierung im Reich und in den Ländern der Reichsleitung der deutschen Werte eine Mauer entgegenstellt.

Ueberfall auf japanischen Botschaft in Hamburg.

Hamburg, 23. März. In der Nacht zum Dienstag wurde, wie erst jetzt bekannt wird, ein Ueberfall auf den japanischen Botschaftsbezirk verübt. Der Konflikt befand sich in Begleitung einer Dame auf dem Heimwege, als plötzlich mehrere Männer über ihn herfielen und ihn mißhandelten. Er trug erheb-

liche Siedererregungen am Kopfe davon, konnte aber nach Anlegung eines Notverbandes auf der nächsten Polizeiwache in seine Wohnung entlassen werden. Die näheren Umstände des Ueberfalls werden. Die Täter konnten noch nicht um einen persönlichen Nachhaken zu handeln. Ueberfall ist noch nicht geklärt. Es scheint

Ein „hochpolitisches“ Zeitungsverbot

Der sozialdemokratische Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein, Kitz, hat das Erscheinen der „Krieger Zeitung“ auf fünf Tage verboten. Aus der Begründung des Verbots geht hervor, daß die Zeitung Teile aus der Erklärung wiedergegeben hat, mit der Hitler in seiner Kritik an der bekannten preussischen Aktion gegen die NSDAP die Notwendigkeit der Konzentration der SA-Männer in der Wahnhaft von seinem Standpunkt aus begründet. Besteht ein solches Verbot auf Recht, so kann jede Berichterstattung in Zukunft als Grund zum Verbot einer Zeitung genommen werden. Die von Herrn Kitz beanstandeten Sätze sind noch dazu von hundert deutschen Zeitungen in der gleichen Weise in der „Krieger Zeitung“ wiedergegeben worden. Und das Schöne ist: Die „Krieger Zeitung“ hatte die Nachricht, auf Grund deren sie verboten ist, dem regierungsfähigsten Wolffschen Telegraphen-Büro entnommen. Wir sind gespannt, ob der preussische Innenminister auch gegen jene Hunderte von Zeitungen, besonders aber gegen das offiziöse Telegraphen-Büro vorgehen wird, das nach unbestrittenen Pressebefugnissen Eigentum des Reiches ist.

Meutererprozess in Bremen

Die Segnungen der brennigen Notverordnung vom 8. Dezember vor. J. s. sollten auch den Seeleuten zugute kommen. Man fürzte ihnen ohne weiteres zum zweitenmal ihre ohnehin kurzen Bezüge um 10 Prozent. Seeleute, die in der Heimat weilten, konnten sich mit der Notverordnung vertraut machen, anders lag die Sache bei der Befragung von Schiffen, die in fremden Häfen von diesen Abzügen hörten. Sie waren natürlich nicht erbaut von dem Lohnraub, besonders auch, weil ihnen nicht sofort klar war, daß die Kürzung eine Reichsmaßnahme war.

Der Dampfer „Bodenheim“ der Unterweserredererei A.-G. lag am 31. 12. v. J. im Hafen von Newport. Die Befragung hörte von der Lohnkürzung, die sie für ungerechtigt hielten. Man wandte sich an den Kapitän, um zu erreichen, daß für die Hinreise die volle Forderung bezahlt würde. Der Kapitän war von sich aus natürlich nicht befaßt, dieser Forderung stattzugeben.

Am nächsten Tag erschien an Bord ein Abgeordneter des „Einheitsverbandes deutscher Seeleute“, und erklärte der Mannschaft, daß wegen des Lohnabbaues in Deutschland am 2. Januar der Generalstreik beschlossen sei. Aus diesem Grunde müsse die Befragung des Dampfers „Bodenheim“ in den Streik treten. Mit diesem Streik war die gesamte Mannschaft des Schiffes einverstanden, man bildete sogar ein Streikkomitee, das am 2. Januar den Kapitän unter Androhung des Streikes, daß veranlassen wollte, der Mannschaft den vollen Steuerbetrag für die ganze Reise auszugeben. Der Kapitän, der sonst gehende Vollmacht nicht besaß, legte den Leuten aus, daß die volle Forderung für die Reise nicht ausgeben würde, welche Folgen ihr Verhalten haben würden. Es half nichts, von der 32 Mann starken Besatzung traten 21 in den Streik.

Als wirtschaftliche Kampfmaßnahme ist der Streik zwar erlaubt, doch gilt für die Seeleute die Seemannsordnung, ein Spezialgesetz, nach dem jeder Widerstand gegen Anordnungen des Kapitäns oder anderer Vorgesetzten als Meuterei gilt, die im Heimathafen mit Gefängnis geahndet wird.

Die amerikanische Polizei schaffte die Leute von Bord, sie kamen in ein Konzentrationslager in dem sie sich frei bewegen konnten und wurden später mit der „Europa“ nach Deutschland befördert.

Für den Dampfer „Bodenheim“, wirtete sich der Streik so aus, daß er erst mit zweitägiger Verspätung, nachdem eine neue Befragung angeordnet worden war, abfahren

konnte. Die Seeleute kamen in Bremen zum größten Teil in Untersuchungshaft.

In der ersten Instanz vor dem Schöffengericht unter Richter Quide wurden am 23. Februar verurteilt: Werner zu 3 Monaten, Tiedorf, Wolfmann, Milowski, Reiners, Jüngling, Nieren, Wufsch, Grys, Sieme und Peters zu je 6 Wochen Gefängnis und Dombrowski, Hebrich, Kähler und Mademader zu je einem Monat Gefängnis verurteilt.

Gegen dieses Urteil wurde beiderseitig Berufung eingelegt. Unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Marx wurde vor der kleinen Strafkammer erneut verhandelt. Staatsanwalt Dr. Reiff vertrat die Anklage, die R.M. Drees, Fejer, Reichardt und Schönmeyer verteidigten die Angeklagten.

Das Gericht erklärte auf Veranlassung der beiderseitigen Berufung. Es könne dahinstehen, ob der Abzug vom Lohne begründet sei, doch sei dieses eine zivilrechtliche Frage, die vom Strafgericht nicht geklärt werden könne. Zu Gunsten der Angeklagten sollte angenommen werden, daß die Angeklag-

Der richtige Weg zur Erlangung

schöner weißer Zähne unter gleichzeitiger Beseitigung des häßlichen nächtlichen Zahnschmerzes ist folgender: Bräuen Sie einen Esslöffel Gloriosa-Zahnpulver auf die trockene Zahnoberfläche. Zahnärzte (Spezialbühnen mit gezähnten Vorhängen), käufliche Sie Ihr Gebiss nun nach allen Seiten, auch von unten nach oben, indem Sie erst die Zähne in Wasser und Spülen Sie mit Gloriosa-Mundwasser unter sorgfältiger Anleitung nach. Der Erfolg wird Sie überraschen! Der mühsame Zahnschmerz ist verschwunden und ein herrliches Gebiss der Freizeit bleibt zurück. Guten Sie sich vor mündlichen, billigen Zahnärzten und erlangen Sie nachdrücklich Gloriosa-Zahnpulver. Unter-Vorlesungspreis.

ten der Auffassung waren, der Lohnraub sei ungerechtfertigt. Die Seeleute hätten sich an den Konflikt wenden müssen und dem ihren Standpunkt klar machen müssen, statt dessen legten sie, trotzdem sowohl Kapitän wie Polizei jeden Einzelnen der Befragung über die Folgen aufklärten, die Arbeit nieder. Die Angeklagten wurden deshalb nach Paragraph 101 der Seemannsordnung bestraft.

Direktor Dr. Marx verteidigte sodann, daß für sämtliche Angeklagten Bewährungsstrafe in Aussicht gestellt wird, auch wird der Haftbefehl für alle Angeklagten aufgehoben und die sofortige Freilassung verfügt. Die Untersuchungshaft wird angeordnet. Ein Teil der Angeklagten nahm die Strafe an.

ARTERIEN-VERKALKUNG

und vorzeitiges Altern, ihre Vorboten und Begleiterscheinungen wie: Hoher Blutdruck, Atemnot, Schwindelanfälle, Herzbeschwerden, Ohnmachtsanfälle, Kopfschmerzen, Schwäche des Denkvermögens, Schlaflosigkeit und Mannesschwäche bekämpfen Sie durch

Radium-Tropin mit Radium-Emanation

126 Uran-Einheiten

Wie stark dieses Leiden verbreitet ist geht aus der Tatsache hervor, daß beinahe 22 Prozent aller Todesfälle diese Erkrankung für sich in Anspruch nimmt. Radium-Tropin ist von ersten Autoritäten geprüft und für absolut einwandfrei befunden worden, verhindert die weitere Ausbreitung von Kalkmassen, löst die alten und sorgt für deren Ausscheidung, Verminderung des Blutdruckes, Veränderung von Schlafstörungen und die Erhaltung der Arbeitskraft. Bei keiner Erkrankung ist es aber wichtiger, rechtzeitig einzugreifen bzw. bei Zeiten vorzubeugen, wie gerade bei Arterienverkalkung.

Fragen Sie Ihren Arzt!

Wollen Sie also wieder gesund werden, dann vermeiden Sie jede Verzögerung und wenden Sie sich sofort an uns. Kein Geheimmittel, die Bestandteile sind auf jeder Packung angegeben. — Preis pro Packung RM. 7.—

MARNO LE MOULT, G. m. b. H., Magdeburg, Breiter Weg 160-62 (37)

RHEUMATISMUS

Lassen Sie uns Ihre Leiden heilen und Ihre Schmerzen beseitigen! Unsere Tropin-Doppelkur hat noch nie versagt!

Eine Freudenbotschaft für alle, die an Rheuma, Gicht, Ischias, Nerven-, Muskel-, Kopfschmerzen usw. leiden! Gesundheit und Kraft wird Ihnen geboten, Ihnen und allen, die an geschwollenen Gliedern und Gelenken, starken Schmerzen und all den anderen Übeln leiden, welche die Harnsäure mit sich bringt. Unsere Doppelkur ist die einzige, vollständige und dauerhafte Heilung und hat noch nie versagt! Geben Sie die Hoffnung nicht auf, ich weiß sehr wohl, daß es für einen Leidenden sehr schwer ist, daran zu glauben, daß eine wirkliche Heilung möglich ist. Sie werden elend und niedergeschlagen, und kein Wunder auch bei den schrecklichen Schmerzen, die Sie zu ertragen haben.

Haben Sie Vertrauen zu uns, auch Sie werden wieder gesund.

Garantie-Kuren! Den vollen Betrag erhalten Sie zurück, falls Sie nach Verbrauch der bezogenen Präparate nicht gänzlich befreit sind. Garantisches für die von uns Scheuen Sie nicht die kleine Ausgabe, wenn es sich um Ihre Gesundheit handelt, selbst wenn Sie bereits ein hohes Alter erreicht haben. Wir haben Tausende geheilt, warum nicht auch Sie! Unsere Doppelkur ist nicht schädlich und enthält keine Gifte. Keine 100- oder 200-Mark-Kuren! Preis RM. 6.80 gegen Nachnahme, bei Vereinsendung des Betrages Sendung frei. Die Präparate und die eingehenden Bestellungen unterstehen der ständigen Kontrolle eines staatlich gepr. Apothekers und Chemikers.

Für den Dampfer „Bodenheim“, wirtete sich der Streik so aus, daß er erst mit zweitägiger Verspätung, nachdem eine neue Befragung angeordnet worden war, abfahren

Neuer amerikanischer Botschafter in Tokio.
Tokio, 23. März. Der bisherige amerikanische Botschafter in Tokio, Forbei, ist nach den Vereinigten Staaten abgereist. Sein Nachfolger wird der bisherige amerikanische Botschafter in der Türkei, J. C. Grew.

Dazu möchten wir besonders darauf hinweisen, daß die neue Gesellschaft noch nicht gegründet ist. Wir hören sogar, daß die Verhandlungen für einen Zwangsvergleich des Konkurses der Nordwolle bereits feste Formen

Kirchenzettel
 Bremische Evangelische Kirche
 Kirchenzettel für Gründonnerstag, den 24. März
 Stadtgebiet
 St. Petri-Dom: 17 Uhr, Abendmahls-gottes-
 dienst a. d. Hochaltar Weidemann; Kollekte für

Angehelt der Nordwolle!

Laßt Euch diese Behandlung nicht gefallen und bildet eine geschlossene Abwehrfront gegen modernes Eluozentum und Ausnuzung! schließt Euch unter Führung der NSDAP. zusammen, damit Ihr vor Ausbeutung und wirtschaftlichen Ruin geschützt werdet. Andere Herren verlangen, es lie Ihr sehr aufbezahlten Positionen als Generaldirektoren an-treten, „selbstgeerbte Verträge“, lassen sich alle Speen auf Heller und Pfennig vergüten, beziehen hohe Tagesgespen: u. a. Einer von ihnen ist außerdem noch Doppelbediener, da er als bleibendes Vorstandsmittglied der Fr. Zeitschrift N.G. in Gera außerdem ein hohes Einkommen bezieht.

Herausgeber: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Gortz; für den Anzeigenteil: H. Kopsz, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unverlangt eingelebte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Beye & Fahl
DAS MODERNE FACHGESCHÄFT
Ostertorsteinweg 1, Ecke Dobben
Durchgehend geöffnet

Otto Conradt, Falkenstrasse 35a
Telefon: Weser 85338.

Betten
gut u. preisw.
Kirchhof
Ostertorstr. 7

Kannst Du etwas Schöneres überhaupt schenken? Und was entspräche wohl tiefer und sinnvoller dem Charakter des Osterfestes?

Volk und Wirtschaft

Kapitulation des Systems vor den Bank- und Börsengewalttätigen

Der Veneis für unsere Behauptung, daß das heutige System es nicht magt und auch nicht magen kann, wirklich erfolgreiche Maßnahmen gegen die Bankgewalttätigen zu ergreifen, acht mal wieder in eklatanter Weise aus dem Börsenbericht über die Stimmung an der Börse am 1. März 32 hervor. So stellt beispielsweise die schwertopikalitische „Deutsche Wertzeitung“ fest, daß im Effektentverkehr der Markt der festverzinslichen Werte im Weichen begriffen sei. Das Angebot sei nicht groß, aber die Bänken seien auch nicht aufnahmefähig. Vortilch heißt es dann weiter:

Das Hauptmotiv liegt aber in den Gerüchten. Gerüchte gibt es jetzt an der Börse selbst nicht. Aber sie werden von draußen heringebracht. Wieder einmal heißt es, daß mit den Zinsen etwas geplant sei. Man denkt dabei an ein Ansteigen der Zinskonversion. Solche Gerüchte führen sich auf gewisse Neuerungen im Reichstag während der letzten Debatten.

Das heißt also mit anderen Worten: Die Großbanken haben kein Interesse, festverzinsliche deutsche Papiere zu kaufen, wenn diese nicht mit dem bisherigen hohen Zinsfuß vergütet werden. Nirgends in der Welt gibt es aber derart hohe Kreditzinsen, wie in Deutschland. Darans haben die ausländischen Kapitalisten einen hohen Zinsfuß und müssen natürlich dementsprechend von den inländischen Kunden, denen sie das Geld leihen, noch höhere Zinsen nehmen. Das Geld, das sie nun nicht in der Wirtschaft „stecken“ unterbringen können, suchen sie an der Börse gewinnbringend umzuwenden. Der Aktienmarkt ist aber in der heutigen Zeit in Deutschland eine sehr zweifelhafte Angelegenheit, daher an sich das größere Interesse für den Rentenmarkt mit seinen festverzinslichen Papieren. Werden nun von der Regierung Maßnahmen getroffen, die zugunsten der Zinsen zu kommen diese Papiere für die Banken nicht mehr in Frage. Denn sie können dann ja ihre Verpflichtungen ihren Auslandsgläubigern gegenüber nicht mehr erfüllen. Diese ausländischen Kapitalisten verfolgen den deutschen Kapitalmarkt natürlich ganz genau und wissen genau, wie lange ihnen die deutschen Banken noch die hohen Zinsen zahlen können. Wenn sie also merken, daß das Geldverleihen nach Deutschland keine Wunderzinsen mehr einbringt, dann ziehen sie ihre Gelder zurück, da ihnen die deutsche Wirtschaft an sich nicht sicher genug ist, um ihr Geld zum normalen Zinsfuß, den sie in ihren eigenen Ländern bekommen, dort anzulegen. Die Folge wäre Kapitalabzug und dessen Folge Goldabzug. Für die heutige Regierung ergibt sich also das Resultat, daß die Goldwährung sofort ins Wackeln kommt, wenn sie zugunsten einer Herabsetzung der Zinsen der Rentenpapiere herbeiführt. Damit Herr Dr. Luther und Herr Dr. Dietrich aber wissen, was ihnen bevorsteht, wenn sie diesen „Gerüchten“ aus dem Reichstag etwa nachgeben würden, so heißt es im Börsenbericht weiter:

„Aber solche und ähnliche Gerüchte dürfte man überhaupt nicht aufkommen lassen. Das Vertrauen am Anlagemarkt hat durch die Zinskonversion schon einen Stoß bekommen.

Einen zweiten Stoß dieser Art kann der Markt nicht aushalten. Wir wollen hoffen, daß das Dementi richtig ist.“ Aus dem letzten Satz geht hervor, daß das System bereits vorzeitig dementiert hat.

Das ganze Preisentwertungstheater hört also auf, wenn es bis zu den Toren der ganz Großen geht, denn die wissen sich zu wehren. Es ist unerhört, daß die Börsen heute derart offen der Regierung bei ihren Maßnahmen, die der Verbesserung des Lebensstandards des Volkes dienen sollen, in den Arm fallen können. Diese Art Börsenberichte bergen eine verheerende Drohung in sich, und das System hat bereits verstanden. Es kann ja auch nicht anders, als nachgeben, denn sonst ist es aus mit seiner Regierungspolitik.

Hier uns ergibt sich wieder, daß nur der Nationalsozialismus in der Lage ist, hier Wandel zu schaffen. Los von der Goldwährung und her mit der Binnenmark!

Parole. Dann können die Finanzmagnaten ihre goldenen Kugeln spielen lassen, wo sie wollen, aber nicht mehr in Deutschland. Mögen sie bei der Einführung einer Binnenwährung ihre Kapital zurückziehen. Als Garanten für ihre Gelder stehen ja die Bänken. Die können sie pfänden lassen. Wir werden sie nicht mit den Millionen der Steuerzahler zu kühlen versuchen. Der Industrie, die etwa in Mitteleuropa gezogen werden könnte, wenn die Bänken ihre Schalter schließen müssen, werden wir mit der Binnenwährung schon schnell wieder auf die Beine helfen. Wenn wir im Interesse des schaffenden Volkes Maßnahmen zu ergreifen haben, dann lassen wir uns von niemandem dabei ins Visierfeld nehmen, am allerwenigsten von einer Handvoll Börsenjobber. Das dienen werden Zeitgenossen schon heute ins Stammbuch!

„Wahrheit“ über die Tribute?

Lloyd George, einer der Schuldigen, schreibt

Der frühere Ministerpräsident Lloyd George, ein Mann, dessen einst mächtige Partei heute zu einem Häuflein von Einflußlosigkeit zusammengeschrumpft ist, einer der Väter der Friedensdiktate, ein Mann, der in der Opposition immer viel versprochen und an die Macht gelangt, nicht hielt was er vorausgesetzt, Lloyd George, der davor gewarnt hatte die Gewaltpolitik, der er mitgemacht, fortzusetzen, da sonst „seine weißen Haare den neuen Krieg sehen“ würden, dieser Mann hat ein Büchlein verfaßt. „Die Wahrheit über Reparationen und Kriegsschulden“, so heißt das Büchlein, welches vielversprechend und anmahnd, weil Wahrheit doch nur in der Relativität des Begriffes Wirklichkeit verstanden werden kann. Aber auch hier stellt ein Widerspruch, denn Lloyd George schildert trotz mancher interessanter Angriffe auf das Exekutivsystem seine eigene Rolle nicht mit der Offenheit, mit der jemand schreiben muß, der sich anmerkt, die Wahrheit sagen zu wollen. Lloyd George, „Vater des Sieges“, hat keinen Grund zu gerührt, um, wenn er wirklich alles, was gekommen ist, voraussetzt, die Dinge zu ändern, das Unklare abzuwenden, über das er jetzt trauert wie einer der Propheten über den Untergang der Stadt Davids. Lloyd George hatte einst die Macht, seinen Prophezeiungen gemäß zu handeln. Er hat sich auf „Säugervandige“ verlassen, aber nicht etwa auf Männer vom Schlage Kennes, sondern auf die französischen Experten und auf deren englische Gefinnungsgenossen. Und auch der heilige Sturm gegen Amerika, den Lloyd George entfacht, steht ihm schief an, da er nicht im selben Verhältnis gegen Frankreich angeht, dessen Politik, dessen Zerrüttungswort jenem Dokument das Gepräge gab, einem Dokument, das als einen seiner Väter Lloyd George beanspruchen darf. Die Wahrheit über . . . ist immer eine zweifelhafte Sache, und die sogenannte Wahrheit über Tribute und Kriegsschulden ist es erst recht, wenn sie von einem Manne festgelegt werden will, der selbst ein gerüttelt Maß von Schuld daran trägt, daß alles so kam, wie es gekommen ist. Lloyd George hat falsch gehandelt und dann in einer Weise geschrieben, die der Wahrheit vielleicht, an dem völlig falschen Handeln gemessen, ein wenig näherkommt. Umgekehrt wäre es besser gewesen. Heute aber schreibt ein alter, einflussloser Politiker . . .

den will, der selbst ein gerüttelt Maß von Schuld daran trägt, daß alles so kam, wie es gekommen ist. Lloyd George hat falsch gehandelt und dann in einer Weise geschrieben, die der Wahrheit vielleicht, an dem völlig falschen Handeln gemessen, ein wenig näherkommt. Umgekehrt wäre es besser gewesen. Heute aber schreibt ein alter, einflussloser Politiker . . .

Der Ruin der schaffenden Wirtschaft

Zahlungseinstellung der Junkerwerte!
Berlin, 23. März. Die Junkerwerte teilen mit:

„Die Junkerwerte in ihrer Gesamtheit, nämlich Junkerwerte Sauphilo, Forschungsanstalten Professor Junkers, Junkers & Co., Junkers Flugwerke AG., Junkersmotoren AG. u. S. v. und Galorier-Werk Hugo Junkers, haben ihren Gläubigern mitgeteilt, daß sich Professor Junkers im Interesse der Fortführung seiner Werke und zum Schutz der Gesamtinteressen der Gläubiger für verpflichtet gehalten hat, das gerichtliche Vergleichsverfahren zu beantragen, und daß in Verfolg dieser Maßnahmen die Zahlungen eingestellt worden sind. Diese Maßnahme ist eine Folge der Tatsache, daß die seit Ende vorigen Jahres laufenden Verhandlungen um die Zuführung entsprechender liquider Mittel, welche noch bis vor einigen Tagen als sehr aussichtsreich bezeichnet werden konnten, vorläufig nicht zu einer Lösung führten. Es besteht die beruhigende Tatsache, daß, wenn auch die Liquidität vorhanden ist, Überbegründung nicht vorliegt, wie eine erst vor einigen Tagen festgestellte Revision erwiesen hat. Diese ergab eine starke Aktivität des Gesamtstatus, wobei die in der technischen Forschungsergebnissen enthaltenen besonderen Vermögenswerte noch nicht einmal berücksichtigt worden sind. Im übrigen sind Umlauf und Anstaltsbestand bei den einzelnen Werken nicht ungenügend, teilweise sogar besser, als im Vorjahre. Auch hat eine seit längerer Zeit durchgeführte starke Drückung der Umläufe eine gewisse Erleichterung zur Folge gehabt.

„Man ist entschlossen, das Bestehen der Werke auf alle Fälle sicherzustellen, nicht nur, um die großen, in den Junkerwerten vorhandenen Werte zu sichern, sondern auch, um den insgesamt über 3000 Arbeitern und Angestellten ihre Lebensmöglichkeit zu erhalten.“
Besser als durch die Tatsache, daß sich ein außerordentlich heftiges Qualitätsmerkmal in Schwierigkeiten befindet, können die misseriellen Kundpunkten dem „Aufstieg“ der Wirtschaft gar nicht illustriert werden!

Die Erdböschung Preußens im Februar 1932

Die Erdböschung Preußens betrug im Februar 1932 nach den vorläufigen Ergebnissen der amtlichen Statistik 16 023 t gegen 18 171 t im Vormonat und 14 760 im Monatsdurchschnitt 1931. Auf das Gebiet von Danzig-Oberschlesien entfielen 7 315 t, auf Westpreußen 4 882 t und auf den Bezirk Ostpreußen-Danzig 3 826 t. Die Zahl der angelernten Arbeiter betrug Ende des Monats 1 876 gegen 1 497 am Ende des Vormonats.

Einigung in der Bierpreisfrage

Berlin, 23. März. Nach mehrmaligen Verhandlungen zwischen dem Reichskommissar einerseits und den Brauereien und Gastwirten andererseits ist es am Dienstag zu einer Einigung über die Frage der Bierpreisfestsetzung gekommen. Die Brauereien senken den Bierpreis um 2,25 und die Gastwirte den Ausschankpreis um die gleiche Summe je Hektoliter. Die Preisentwertung tritt bei den Brauereien sofort in Kraft, bei den Gastwirten am Samstag. Die Senkung beträgt einschließlich der Biersteuerentwertung in Höhe von sieben Mark insgesamt 11,50 Mark je Hektoliter.

Der Bauer für Hitler!

Land- und Forstwirtschaft gegen Hindenburg für Hitler.

Auf der Generalversammlung des Landes- und Bauernbundes in Jülich sprach der Provinzialvorsitzende Dr. Jochen Schödl auf über das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl. Er führte aus, daß der Bauernstand gewillt sei, sich mit unverminderter Kraft an der zweiten Wahlrunde zu beteiligen. Der Landes- und Bauernbund erwarte, daß sich die nationale Opposition jetzt auf eine Personlichkeit einigen, nämlich auf den Führer der NSDAP, Adolf Hitler. Er habe sich als Führer des Landes- und Bauernbundes die Parole Adolf Hitlers zu eigen gemacht: „Der Kampf geht weiter!“

Maschinenausfuhr Deutschlands

und der Wettbewerbsländer im Jahr 1931

Deutschland	1 100 Millionen RM.
Amerika	1 000 Millionen RM.
Großbritannien	540 Millionen RM.

Die Steigerung der deutschen Maschinenausfuhr läßt einen ungünstigen Schluß auf die künftige Entwicklung der deutschen Außenhandelsbilanz zu; denn die deutschen Maschinen dienen im Ausland der Fortschreibung der Industrialisierung. Was dann im Ausland an Industriegütern mehr erzeugt wird, das wird von Deutschland weniger bezogen.

Wahlmacht?

Warenhausdrückung am 5. April vor dem Reichswirtschaftsminister.

Berlin, 23. März. Die Frage einer Warenhausdrückung wurde am Montag zunächst von einem Unteranschuß des Reichswirtschaftsrates besprochen. Die endgültige Entscheidung dieser Angelegenheit durch den ausständigen Anschluß soll am 5. April erfolgen.

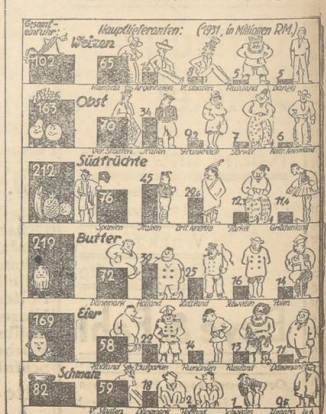
Beckenverband lehnt ab

Um die Verlängerung des Umlaufabkommens für den Ruhrbergbau.

Essen, 23. März. Wie der Beckenverband mitteilt, wird er die Unmöglichkeit des am Montag vom Schlichter in der Umlaufabkomme für den Ruhrbergbau gestellten Schlichtungsversuches, der eine Verlängerung des Umlaufabkommens vom vorigen Jahre um ein Jahr vorsieht, bei den voraussichtlich am 30. März im Reichsarbeitsministerium stattfindenden Nachverhandlungen darlegen.

Die deutsche Lebensmittel-Einfuhr

Immer noch für 2 Milliarden RM.! Niedriger Getreideimport. Hohe Einfuhr von Fleisch. — Vermehrung der Eier- und Fettgüter. Steigende Einfuhr von Schmalz.



Notens der Gemeinden

Einstellung des Zinsendienstes für Kredite

Da alle dringlichen Vorstellungen und Hilferufe der Gemeinden bei der Reichsregierung bis auf den heutigen Tag wenig Berücksichtigung gefunden haben, sehen sich die Spitzenverbände der kommunalen Verwaltungen wieder einmal in der Lage, die bewußte „Licht in die Öffentlichkeit“ zu ergreifen zu müssen. Präsident Walter von Deutscher Präsident, der im Namen der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände sprach, hat am Montag nachmittags die Presse empfangen und ihr Ausführungen über die Finanzlage der Gemeinden gemacht, die ein tiefes Mal das völlig unbillige Verhältnis zwischen Reich und Gemeinden in der Frage des Finanzungleichs zeigen. — Die Finanzwirtschaft der Gemeinden ist in den letzten Jahren in der deutschen Öffentlichkeit nicht immer kritisch blickend worden. Es ist allgemein bekannt, daß die Gemeindeverwaltungen noch bis vor kurzem eine Schulden- und Kreditwirtschaft betrieben haben, die in vielen Fällen volkswirtschaftlich und finanziell kaum zu rechtfertigen war und die das Gegen-

teil einer zurückhaltenden und vorsichtigen Finanzpolitik darstellte. Die Gemeinden erwiesen sich sehr oft und besonders im Punkt der lang- und kurzfristigen Kredite als außerordentlich aufnahmefähig und so, daß man schon damals voraussetzen konnte, daß eine bittere Enttäuschung eines Tages unausweichlich sein wird. Wenn Präsident Walter aber jetzt die Möglichkeit andeutet, daß die Gemeinden sich einer Umkehr zur Einstellung des Zinsendienstes für diese Kredite gezwungen sehen würden, so ist das allerdings ein außerordentlich ernstes Symptom. Es wird nicht ausbleiben können, daß diese Eröffnung auch im Ausland ungünstig vermerkt werden wird und daß sie damit dem gesamten Kreditverkehr tun kann. Von Seiten des Reichs wird deshalb auch den Gemeinden der Vorwurf kaum erspart werden können, daß die jeweiligen Gläubigerschaften, die in einer derartigen „Licht in die Öffentlichkeit“ verurteilt werden, auf einem guten Teil der Folgeerscheinungen eben dieser früheren verfehlten Finanzpolitik der Städte sind.